

Mittelstands Magazin

www.mitmagazin.com

G 1480

10
2009

4,- €

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

BUNDESTAGSWAHL

Was der Mittelstand
von der Politik erwartet

INFORMATIONSTECHNOLOGIE

Zauberwort
Enterprise Mobility

SCHWERPUNKT

Transport
und Logistik



SCHWIERIGE ENTSCHEIDUNG

Leasing oder Kredit?

Als Unternehmer
bleiben Sie am besten
jederzeit

BEWEGLICH

sind Sie mit Leistung im
Doppelpack: Beratung durch
Ihren Steuerberater und Unter-
nehmenssoftware von DATEV.

Mit der DATEV-Software für die Finanzbuch-
führung und Lohnabrechnung reagieren Sie
gemeinsam mit Ihrem Steuerberater schnell
und sicher auf aktuelle Herausforderungen.
Informieren Sie sich bei Ihrem Steuerberater
oder unter der Telefonnummer 0800 1001116.
www.datev.de/unternehmensloesungen



Zukunft gestalten. Gemeinsam.



DER MITTELSTAND ERWARTET EINE WIRTSCHAFTSFREUNDLICHE POLITIK

Die Bundestagswahl am 27. September hat dem Mittelstand die erhoffte bürgerliche Koalition aus Union und FDP gebracht und die unselige große Koalition beendet.



Dr. Josef Schlarmann, Bundesvorsitzender der MIT, ist in Hamburg als Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwalt tätig

Damit haben wir zwei von drei Wahlzielen erreicht. Das dritte Ziel, ein Ergebnis von 40 plus X zu erreichen, hat die Union deutlich verfehlt. Grund dafür sind die Kollateralschäden aus der Zeit der großen Koalition.

Der deutsche Mittelstand hat den Richtungswechsel gewollt und unterstützt. Nun gilt es, die Fehler der großen Koalition zu korrigieren. Wir werden genau darüber wachen, dass wirtschaftsfreundliche Politik jetzt umgesetzt wird. Unsere Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch. Insbesondere in der Steuerpolitik, in der Sozial- und Gesundheitspolitik, bei der Haushaltskonsolidierung und auf dem Arbeitsmarkt muss es einen grundsätzlichen Politikwechsel geben. Nur so führt ein Weg aus Krise. Eine Entlastungspolitik ist die richtige Konjunkturpolitik und ist staatlichen Subventionen und der Steuerfinanzierung von überholten Unternehmensstrukturen immer vorzuziehen.

Trotz des Gesamterfolges für Schwarz-Gelb und der Freude über den Regierungswechsel bleibt das Parteiergebnis aber deutlich hinter den Erwartungen der Anhänger der Union zurück. Der

Kanzlerinnen-Bonus allein hat nicht gezogen, von einem Volksparteien-Ergebnis sind wir weit entfernt. Über eine Million CDU-Stammwähler haben wegen des Vertrauensverlustes in die Sachkompetenz der Union mit ihrer Zweitstimme die FDP gewählt.

Die 40-Prozent-Marke muss für die Volksparteien CDU und CSU das Hauptziel bleiben, um auch auf der Ebene der Länder weiterhin Politik gestalten zu können. Die jetzt auch im Bundesrat erlangene schwarz-gelbe Mehrheit ist für die Durchsetzung einer neuen Wirtschaftspolitik von eminenter Bedeutung.

Die Union braucht jetzt ein Restrukturierungsprogramm für ihre eigene Politik, eine Richtungsdiskussion dagegen ist entbehrlich. Erfahrungen aus früheren christlich-liberalen Regierungen haben gezeigt, dass eine gute Regierungsarbeit auch das Profil der Union als Partei wieder schärft und ihren Markenkern erkennbar werden lässt.

Salt Charter

Yachtcharter in den weltweit schönsten Segelrevieren

SALT Charter Ihre Yachtcharteragentur bietet weltweit von Moorings Bareboat Segelyachten, Bareboat Power-Katamarane, Yachten mit Crews sowie von Sun-sail Bareboat Segelyachten, Flottillensegeln und Cluburlaub. Buchen Sie jetzt Last-Minute für 2009!



Nachlass 10 - 20 %

Exklusive Vorteile für die Mitglieder der MIT

Überzeugen Sie sich selbst im Virtuellen
Kreisverband der MIT unter
www.mit-virtuell.de.

Die Seite-4-Karikatur



Weisheiten

Ehre, Ansehn, Ruhm und Stolz:
Klar, das ist 'ne Menge Holz!

Ehren, Orden aller Art
sind wertvoll, wenn man damit spart!

Zu viel Stolz in einem Satz
ist meistens völlig fehl am Platz.

Vor allem aber ist die Ehre,
in vielen Hirnen eine Schere.

Die Hoffnung auf den Goldpokal
beflügelt Menschen allemal.

Bosheiten

Soll man bei der Wahrheit bleiben
kann man keine Hymnen schreiben.

Wer zu deinen Ehren spricht,
dem glaube vorsichtshalber nicht.

Gegen manche Art von Ehren
sollte man sich gründlich wehren.

Singen, forschen, Menschen morden:
Jeder Sparte ihren Orden!

Ein Mensch hat so viel Ehre wie
hm ...ach, wie so ein Borstenvieh.

Mit freundlicher Genehmigung des Verlags Redline Wirtschaft, „Manager-Weisheiten, Manager-Bosheiten“

TECHNIKWUNDER. MADE IN GERMANY.



JOHANN PHILIPP REIS,
ERFINDER DES TELEFONS, 1861

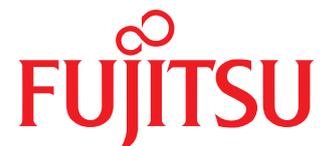
DER NEUE PRIMERGY BX900 BLADE SERVER

Die neue PRIMERGY BX900 Blade Infrastruktur bietet Ihnen die höchste am Markt verfügbare Serverdichte. Trotz extrem hoher Leistung von bis zu 18 Server Blades mit Intel® Xeon® Prozessoren in nur 10 Höheneinheiten sind durch effiziente Technik „Made in Germany“ der Kühl- und Belüftungsaufwand sowie der notwendige Stromverbrauch minimal.

Fujitsu ist weltweit drittgrößter Anbieter von umfassenden IT-Infrastrukturen. Bei Entwicklung und Produktion setzt Fujitsu international auf „Made in Germany“. So wurde die Verantwortung für strategische Produktbereiche wie x86-basierte Server, Stagesysteme und die Entwicklung innovativer Umwelttechnologien in Deutschland konzentriert. Fujitsu ist ein kundenorientiertes IT-Unternehmen, das flexibel und anpassungsfähig auf alle Anforderungen reagiert. Fujitsu bietet Unternehmen aller Größenklassen qualitativ hochwertige Produkte, Lösungen und Services für die IT-Infrastruktur, die auf weltweit führenden High-Performance-Informationstechnologien basieren.

Mehr Informationen unter <http://de.ts.fujitsu.com> oder 01805 372 100 (14 ct/Min.)

Intel, das Intel Logo, Xeon und Xeon Inside sind Marken der Intel Corporation in den USA und anderen Ländern.





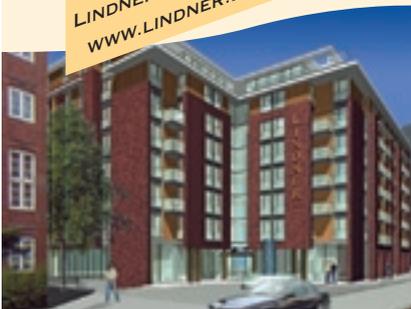
INSELLEBEN – MIT SEELUFT, SONNE, STRAND UND MEHR.

Wenningstedt – ein Ort mit typischem Sylter Flair. Hier findet der Gast, auf der Suche nach exklusivem Ambiente mit Seeluft, eine Oase der Ruhe und Erholung: das Lindner Hotel Windrose. Nur wenige Schritte entfernt lädt der Strand zum Spaziergehen, Wellenbaden oder einfach nur zum Faulenzen im Strandkorb ein. Die Hotelküche für höchste Ansprüche und der attraktive Freizeit- und Wellnessbereich – das alles macht den Urlaub zum Genuss auf einer Insel, wie es keine Zweite gibt: Sylt.

Strandstraße 19
D-25996 Wenningstedt/Sylt
Telefon +49-(0)4651-940-0
Telefax +49-(0)4651-940-875
info.windrose@lindner.de
www.lindner.de



JETZT AUCH IN HAMBURG –
LINDNER HOTEL AM MICHEL
WWW.LINDNER.DE/DE/LHH



POLITIK

- 3 **Editorial**
Kommentar zum Ausgang der Bundestagswahl am 27. September
- 4 **Karikatur und Kurzweiliges**
- 8 **Was jetzt wichtig ist**
In der großen Koalition kamen mittelständische Interessen häufig unter die Räder. Mittlerweile hat sich eine lange Liste von Vorhaben angesammelt, die dringend einer Lösung bedürfen, wenn es mit Deutschland wirklich wieder aufwärts gehen soll.



WIRTSCHAFT

- 14 **Outsourcing – noch zeitgemäß?**
Viele Unternehmen haben in den vergangenen Jahren ihr Heil im Outsourcing gesucht. Sie hatten gute Gründe dafür, auf externe Dienstleister zu setzen. Doch nicht alle Erwartungen haben sich erfüllt, wie eine Studie der Zeitarbeitsfirma Adecco zeigt.
- 15 **Leasing beliebter als Kreditaufnahme**
Bei Investitionen von rund 25.000 Euro denken 41 Prozent der Mittelständler zuerst an Leasing – und nicht an eine Kreditaufnahme. Das ist das Ergebnis einer Marktstudie.





20 Die Produktion kommt wieder zum Kunden

Wenn weniger produziert wird, gibt es weniger zu transportieren. Die Wirtschaftskrise hat die Spediteure als eine der ersten Dienstleistungsbranchen voll erwischt. Doch dass bei den Auftraggebern ein Prozess des Umdenkens einsetzt, wird nun auch bei den heimischen Logistikern als neue Chance begriffen.

UNTERNEHMEN

22 Der Hecht im Karpfenteich

Ein noch junges, von der Größe her mittelständisches Unternehmen mit zwei stattlichen Konzernmüttern schickt sich an, den deutschen Markt der Kreuzfahrtschiffe umzukrempeln: TUI Cruises macht mit „Mein Schiff“ ordentlich Furore.



SERVICE

- 24 Serie „5 häufige Fehler“
- 25 Recht im Gespräch
- 25 Erhard-Zitate
- 26 Aktuelle Urteile
- 27 Bücherseite – Für Sie gelesen

MIT-INSIDE

- 28 MIT-Inside
- 29 Einladung zum MIT-Bundeskongress
- 31 Namen sind Nachrichten
- 33 MU-Inside
- 34 Baustelle
- 34 Impressum

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
28.9.2009

Liebe Leserinnen und Leser,

vielleicht ist es Ihnen ja aufgefallen: Das MittelstandsMagazin hat sein Aussehen ein wenig verändert, jedenfalls soweit es die Titelseite betrifft.

Dieser neue grafische Auftritt ist für uns kein Selbstzweck oder eine Laune der Redaktion, sondern eine notwendige Anpassung an den Geschmack unserer Leser im Wettbewerb mit anderen Print-Produkten.

Die erste Ausgabe nach der Bundestagswahl erschien uns dafür die geeignete, denn so etwas wie einen „Neuanfang“ haben sich vor allem viele Mittelständler vom 27. September erhofft.

Ein Neuanfang, der Verkrustungen aufbricht, die Kräfte des Marktes wieder freisetzt und Unternehmern wieder die Chance bietet, das zu tun, wofür sie stehen: etwas zu unternehmen und nicht, etwas zu unterlassen.

Ihre Redaktion

ERFOLGSGESCHICHTEN

Foto: Gerd M. Hoffmann

Fatmata geht auf Sendung

Fatmata Sesay, ehemalige Kindersoldatin in Sierra Leone

„Brot für die Welt“ hat Kindern geholfen, die unter dem Krieg gelitten haben und Kindersoldaten waren. Ich war eine von ihnen, konnte nicht mehr sprechen, habe mich geschämt. Ich dachte, ich sei nichts wert. Keiner wollte mich aufnehmen. Dank „Brot für die Welt“ konnte ich wieder in die Schule gehen und arbeite jetzt beim Radio.

Mit Ihrer Unterstützung können wir Menschen wie Fatmata helfen.

Brot für die Welt

www.brot-fuer-die-welt.de

Postbank Köln 500 500 500
BLZ 370 100 50
Postfach 10 11 42 70010 Stuttgart

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
E-Mail _____

Allgemeine Infos von „Brot für die Welt“
 Abonnement E-Mail-Newsletter



Die Wahl ist gelaufen, die Politiker auf dem harten Boden der Tatsachen gelandet. Wer wird künftig Deutschlands Zukunft gestalten? **Was erwartet den Mittelstand?**

Die Herkulesaufgabe

Deutschland hat gewählt. Nun ist mutige Reformpolitik gefragt. Viel Unerledigtes sowie die Folgen von Rezession und Krise diktieren die Agenda der nächsten Bundesregierung. Die Herausforderungen sind groß. Ein „weiter so“ wäre fatal.

Der griechische Heroe Herkules gilt noch heute als Sinnbild für die mutige Bewältigung schier unlösbarer Aufgaben. Bevor er seine zwölf Heldentaten bewältigte, stand er der Sage nach am Scheideweg. Auf dem einen Pfad lockten Genuss und bequemes Leben, auf dem anderen größte Mühen und leidensreiche Aufgaben. Bekanntlich schlug er den letzten ein und rückte nach qualvoller Arbeit wegen seiner tugendhaften Wahl und erfolgreichen Taten schließlich in den Olymp der Götter auf.

Die Herausforderungen, vor denen die nächste Bundesregierung steht, kann man mit Fug und Recht ebenfalls als „Herkulesaufgabe“ bezeichnen. Mehr noch: Deutschland steht vor einer nicht minder bedeutsamen Richtungsentscheidung. Die größte Wirtschafts- und Finanzmisere der Nachkriegszeit hat tiefe Spuren und viele offene Fragen hinterlassen. Nach der Krise werden zudem im globalen ökonomischen Gefüge zwischen Amerika, Asien und Europa die Karten neu gemischt. Die Umwälzungen in der Automobilindustrie zeigen dies exemplarisch für viele andere Sektoren.

Wettbewerbsfähige Wirtschaft – unerledigte politische Aufgaben

Dabei ist die Ausgangslage des deutschen Geschäftsmodells als Exportweltmeister keine schlechte. Unsere Volkswirtschaft ist im Kern gesund, die Unternehmen wettbewerbsfähig und ihre Produkte weltweit begehrt sowie an globalen Megatrends wie Mobilität, Urbanisierung und Energieeffizienz ausgerichtet. Weit schwerer wiegen bei Lichte betrachtet die vielen unerledigten Aufgaben der großen Koalition, die vorwiegend Kompromisse auf kleinstem gemeinsamem Nenner zustande brachte.

Ihr fehlte trotz komfortabler Mehrheiten und einem zunächst üppigen Aufschwung von wenigen Ausnahmen abgesehen die Kraft, längst überfällige Struktur reformen beherzt auf den Weg zu bringen. Das rächt sich bekanntermaßen im Abschwung doppelt. Leere Kassen, wegbrechende Einnahmen und ein astronomisches Staatsdefizit

bei eher mageren Wachstumsaussichten kennzeichnen nun die Eröffnungsbilanz der künftigen Regierung. Für Geschenke wird auf Jahre hinaus kein Geld da sein. Vielmehr ist der Haushalt energisch zu konsolidieren.

Unumgängliche „Grausamkeiten“

Wie vor vier Jahren nach dem Ende von Rot-Grün wird die Sanierung des Staatssäckels erneut zum zentralen Thema. Anders als früher kann die gigantische Lücke kaum mit Privatisierungserlösen kaschiert werden, denn das einstige Tafelsilber wurde längst verhökert. Bisher war der Mut der Politik gleich welcher Couleur begrenzt, die öffentlichen Ausgaben tatsächlich zu beschneiden. Da hat man lieber die Steuern erhöht. Doch die vergangenen Operationen – allen voran das dreiprozentige Mehrwertsteuerplus nach dem letzten Urnengang – haben gezeigt, dass solche Eingriffe nicht ohne Nebenwirkungen sind. Solche indirekten Belastungen gehen auf Kosten des Konsums und würden das zarte Pflänzchen des sich ankündigenden nächsten Aufschwungs zu sehr gefährden. Auch ein direktes Abschöpfen bei Löhnen und Gehältern verbietet sich.

So werden die allermeisten Betriebe als Personengesellschaften geführt. Sie zahlen Einkommensteuer und haben damit von der Unternehmenssteuerreform kaum profitiert. Im Gegenteil werden sie von mancher Härte dieses Werkes, wie der verschärften, in die Substanz eingreifenden Gewerbesteuer derzeit arg getroffen. Wenn sie nach der Krise wieder Gewinne machen, brauchen sie das Geld, um sich zu stabilisieren. Höhere Steuersätze wären hier genauso Gift, wie bei Arbeitnehmern, die nach wie vor unter der leistungsfeindlichen kalten Progression ächzen. Notwendig sind stattdessen schnelle Korrekturen bei den krisenverschärfenden Elementen der neuen Körperschaftsbesteuerung

und ein gerechterer Tarifverlauf bei kleinen und mittleren Einkommensbeziehern, um schnell wieder eine breite Wachstumsdynamik zu entfachen.

Dauerbrenner Arbeitsmarkt

Auch der Arbeitsmarkt bleibt ein politischer Dauerbrenner. Als Rot-Grün sich 2005 zur Wiederwahl stellte, hatte das Land den Schock eines historischen Höchststands von 5,2 Millionen Erwerbslosen gerade erst verdauen müssen. Zum Jahreswechsel 2008/2009 lagen die Zahl dann unter der Drei-Millionen-Grenze. Hatte mancher schon von Vollbeschäftigung geträumt, tauchte mit der Krise plötzlich das Schreckgespenst der Massenarbeitslosigkeit wieder auf. Bisher zeigt sich der Arbeitsmarkt allerdings erstaunlich robust. Vor allem die großzügig für mittlerweile rund 1,4 Mio. Beschäftigte gezimmerte Brücke der Kurzarbeit verhindert derzeit noch dramatische Entlassungswellen.

Über kurz oder lang aber wird die Rezession ihren Tribut verlangen. Die Bundesagentur hofft, dass die Zahl der Jobsuchenden knapp unter vier Millionen bleiben wird. Ihre Milliardenreserven werden dennoch am Jahresende aufgebraucht sein. Bis 2013 könnte sich in Nürnberg ein Defizit von 55 Mrd. Euro anhäufen. Diese Finanzlücke will zwar vorübergehend der Bund schließen. Doch spätestens 2011, wenn die Regierungsgarantie für den niedrigen Satz zur Arbeitslosenversicherung von 2,8 Prozent ausgelaufen ist, werden auch die Beitragszahler dafür berappen müssen. Und auf die klammen Kommunen rollt eine Kostenlawine durch die ebenfalls steigende Zahl von ALG-II-Empfängern zu. Auch die vertagte Umorganisation der verfassungswidrigen Jobcenter harret der raschen Lösung.

Kurzfristig wird wohl auch die nächste Bundesregierung darauf erpicht sein, den Anstieg der Arbeitslosigkeit auf jede erdenkliche Weise zu

DAS INTERVIEW

„Mehr Mut zu Entscheidungen“

Deutschland hat gewählt. Welches Pflichtenheft geben Sie der neuen Regierung mit an die Hand?

Michael Eilfort: Erstens: Innenpolitisch bei Grundsatzfragen wie Prämie oder Bürgerversicherung, Pflegereform und Steuervereinfachung endlich zu entscheiden statt wie bislang zu vertagen Zweitens: Kostspielige Sünden der großen Koalition zu korrigieren, z.B. durch Rentennullrunden bzw. den 2008 zugesagten, nachgeholt Riesterfaktor. Drittens sollte am Anfang von allem ein ehrlicher Kassensturz stehen - mit Einbezug der impliziten Staatsschulden!

Wie lässt sich der Reformstau lösen?

Eilfort: Drei Voraussetzungen: Das Ende der großen Koalition, mehr Mut zu politischen Entscheidungen - der Reformdruck im Winter 2009/2010 wird dies befördern - und intelligente Kommunikation durch Abschied von den Angst auslösenden ganz großen Würfeln sowie dem beharrlichen Werben für kleinere, in sich schlüssige Schritte.

Wie lang und steinig wird der Weg aus der Krise?

Eilfort: Kürzer als viele befürchten. Aber unsere schmalen, in Deutschland „gewohnten“ Wachstumspfade werden wie meistens eher wenig Beschäftigung schaffen, solange überfällige Strukturreformen ausbleiben oder gute Veränderungen wie die Agenda 2010 weiter aufgeweicht werden.

Droht als Folge der globalen Rettungsaktionen eine massive Geldentwertung?

Eilfort: Die Versuchung für den Staat, über die Hinnahme „maßvoller Inflation“ seine Schulden zu relativieren wird immens sein.

Welche Lehren muss die Politik aus dem mühsam gebändigtem Finanzmarktkollaps ziehen?

Eilfort: Sie sollte sich auf das konzentrieren, was Sache des Staates ist: Regelsetzung und Regelüberwachung, faire Wettbewerbsbedingungen, Chancengerechtigkeit und Transparenz. Und sie sollte selbst - siehe Landesbanken - nicht wieder und weiter mitspielen wollen!

Mal ehrlich: Hat sich unsere Soziale Marktwirtschaft in der Krise bewährt?

Eilfort: Insgesamt ja. In Deutschland leiden wir jetzt weniger, weil der erste Teil des Begriffs für Ausgleich und Abfederung sorgt. Aber wir werden länger stagnieren, weil wir den Markt ablehnen, sobald er kurzfristig schmerzliche Folgen hat. Eingriffe wie bei Quelle und Opel verbrennen öffentliches Geld auf bereits verlorenem Terrain.

kss



Prof. Dr. Michael Eilfort ist seit 2004 Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, die sich für eine Renaissance des ordnungspolitischen Denkens einsetzt.

www.stiftung-marktwirtschaft.de

begrenzen. Dabei könnte es zu einer fatalen Verwässerung wichtiger Hartz-Reformen kommen. Daneben kursieren in den meisten Wahlprogrammen zahlreiche vermeintliche Wohltaten, die nicht auf mehr Flexibilität, sondern auf neue Schutzzäune und geringere Anreize setzen – angefangen vom höherem Schonvermögen über Einschränkungen der Zeitarbeit bis hin zu mehr Mindestlöhnen. Experten fordern seit Jahren genau das Gegenteil. Sie mahnen etwa eine Lockerung der rigiden deutschen Regelungen im Kündigungs-, Teilzeit- und Befristungsrecht an.

Reformstau in den Sozialsystemen

Auch bei den übrigen Sozialsystemen herrscht Reformstau. 2005 hatten die Deutschen noch eine echte Wahl in der Gesundheitspolitik: Auf der einen Seite standen SPD und Grüne mit dem Projekt der Bürgerversicherung, auf der anderen die Union mit ihrem Konzept, die Gesundheits- und Pflegekosten über eine Prämie endgültig vom Faktor Arbeit abzukoppeln und der Wirtschaft so einen kräftigen Wachstumsimpuls zu geben. Vier Jahre und eine große Koalition später sind die Würfel gefallen: Beiträge zahlen die rund 50 Millionen GKV-Mitglieder seit Januar an den neuen Gesundheitsfonds, und zwar alle den gleichen.

Mit der großzügigen Ausstattung des Fonds, der dieses Jahr insgesamt 1.667,7 Mrd. Euro verteilen darf, wollten Union und SPD sich vor allem Zeit kaufen. Auch dieses Kalkül hat der Wirtschaftseinbruch über den Haufen geworfen. Statt Mehreinnahmen drohen nun spätestens 2010, wenn die Arbeitslosigkeit deutlich steigen wird, tiefrote Zahlen. Verschärfend kommt hinzu, dass die Koalition bereits sechs der vereinbarten 14 Steuermilliarden p.a. verfrühstückt hat: Um die Binnenkonjunktur zu stützen, senkte sie den Einheitsbeitrag zum 1. Juli wieder auf 14,9 Prozent. Dieses Geld wird dem Fonds in den nächsten Jahren zusätzlich fehlen.

Nach der Wahl ist hier deshalb zunächst Feuerlöschen angesagt. Egal

wie die Regierung aussieht, keine Koalition kann es sich leisten, die Kassen mit dem drohenden Minus alleine zu lassen. Denn das würde massenhaft Zusatzbeiträge oder höhere Lohnkosten und damit Gift für die schwächelnde Konjunktur bedeuten. Für mehr Steuertransfers fehlt erst Recht das Geld. Bleiben also nur zwei Alternativen: Bestenfalls entscheidet man sich dann ehrlicherweise für einen massiven Tritt auf die Kostenbremse und wenig populäre Einschnitte im Leistungskatalog oder man setzt wieder einmal auf die bequemere Verbreiterung der Einnahmehasis, etwa durch Anheben der Bemessungsgrenzen oder noch höhere Hürden zum Eintritt in die private Versicherung. Dann würde jedoch abermals der fatale Weg beschritten, statt struktureller Erneuerung auf notdürftige Reparaturen zu setzen, die kaum von Dauer sind.

Rückkehr zur Ordnungspolitik

Die Herausforderungen der neuen Regierung sind also gewaltig, nicht nur was die klassischen Großbaustellen der Staatsfinanzen, der sozialen Sicherung, des Arbeitsmarktes oder im Steuersystem betrifft. Hinzu kommen unter anderem zahlreiche ungelöste Fragen in der Energiepolitik sowie notwendige Kraftanstrengungen bei den großen Zukunftsfeldern im Bereich Forschung und Bildung. Die Verhinderung einer flächendeckenden Kreditklemme im Mittelstand dürfte in den kommenden Monaten noch mancherlei politischer Anstrengung bedürfen. Ebenso gespannt sein kann man darauf, mit welcher hoffentlich klugen Exitstrategie sich der Staat zur rechten Zeit aus seinen milliarden-schweren Engagements bei Opel, HRE & Co. verabschiedet. Kurzum: Der Dreiklang aus Sanieren, Reformieren und Investieren scheint die passende Richtschnur für diese Herkulesaufgabe, gepaart mit einer gleichzeitigen Rückbesinnung auf die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards.

mgm

MIT-FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

In einem Leitantrag an den nächsten Bundeskongress am 6. und 7. November 2009 in Berlin hat der MIT-Bundesvorstand seine Vorschläge für eine nachhaltige Wachstumspolitik formuliert (Auszüge):

- **Steuer- und Abgabenerhöhungen** sind grundsätzlich abzulehnen.
- Die investitionshemmende **Substanzbesteuerung** in der Unternehmenbesteuerung ist zu beseitigen, die **Zinsschranke** ist abzuschaffen.
- Die **Gewerbesteuer** muss wieder in voller Höhe als Betriebsausgabe abzugsfähig werden.
- Investitionen müssen durch **höhere Abschreibungsmöglichkeiten** gefördert werden.
- Es muss Schluss gemacht werden mit der Bevorzugung der Fremdkapitalfinanzierung; verstärkte **Anreize zur Eigenkapitalbildung** sind nötig
- Die **kalte Progression** in der Einkommensteuer ist zu beseitigen.
- Mittlere Einkommensbezieher müssen durch einen linear **progressiven Steuertarif** gezielt entlastet werden.
- Die Beschäftigung im **Niedriglohnssektor** stärken, Midi-Jobs und die Gleitzone bis 1.200 Euro ausweiten.
- Die **Erbchaftsteuer** ist ersatzlos zu streichen.
- Die Doppel- und Mehrfachbesteuerung der Energie ist abzuschaffen.
- Der **Solidaritätszuschlag** wird bis 2019 stufenweise abgeschafft.
- Auf dem **Arbeitsmarkt** wird eine Balance zwischen Flexibilität und Sicherheit hergestellt.
- Der Irrweg **Mindestlohn** wird verlassen.
- Der **Bürokratieabbau** wird fortgesetzt.
- Die Politik **verzichtet auf Interventionen** zu Gunsten einzelner Unternehmen und legt den Schwerpunkt stattdessen auf Ordnungs- und Wettbewerbspolitik.
- Die **investiven Ausgaben** in Infrastruktur und Bildung werden zu Lasten der konsumtiven Ausgaben in den öffentlichen Haushalten erhöht.

G.K.

**JETZT
TESTEN!**

jobboerse.arbeitsagentur.de



DIE NEUE JOBBÖRSE: ENDLICH BENUTZERFREUNDLICH!

DEUTSCHLANDS GRÖSSTES JOBPORTAL IST JETZT VIEL EINFACHER. Stellen Sie Ihre Angebote schnell und kostenlos ein. Finden Sie mit unserem innovativen Matchingtool den passenden Bewerber in kürzester Zeit. Nutzen Sie den Zugriff auf den gesamten Arbeitsmarkt. Und für viele weitere Leistungen steht Ihnen der Arbeitgeber-Service Ihrer Agentur für Arbeit persönlich und kompetent zur Seite. Am besten, Sie überzeugen sich einfach selbst auf jobboerse.arbeitsagentur.de

JOBBÖRSE 

JETZT EINFACH FÜR ALLE.



Bundesagentur für Arbeit

In 5 Minuten ist Ihre Fir – und im Internet!

Mit wenigen Maus- klicks – schnell und einfach online!

Wählen Sie Ihre Branche aus,
definieren Sie Ihren Farbwunsch,
geben Sie Ihre Firmendaten ein –
fertig! 1&1 Branchen-Homepage
übernimmt automatisch Ihre Infor-
mationen und integriert Sie an
den richtigen Stellen der
Homepage. Und das Beste
ist: Typische Texte und
Bilder für Ihre Branche
sind schon drin!

1&1 Branchen-Homepage

Einrichtung Ihrer Firmen-Homepage!

Ein paar Angaben, wenige Minuten. Schon ist Ihre Firma im Internet!

Branche auswählen

Ihre Branche*

Ihre Farbwahl*

Firmendaten eingeben

Vorname*

Nachname*

Motto

Straße/Vorname*

Postleitzahl Stadt

Telefonnummer

E-Mail-Adresse*

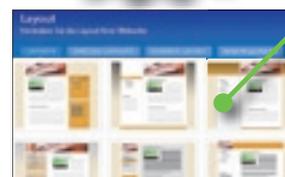
Montag bis Freitag

SAMSTAG

Fertige Lösungen für über **100 Branchen!**

Sie können ändern wann und was Sie wollen – einfach und bequem online übers Internet!

Ohne Software, ohne Programmierkenntnisse: Rufen Sie einfach Ihre 1&1 Branchen-Homepage unter Ihrer individuellen Internet-Adresse auf, geben Sie Ihr Passwort ein – und schon können Sie ändern, was Sie wollen. Schritt für Schritt, so einfach wie mit „Word“. Dabei haben Sie das Ergebnis immer gleich vor Augen. Und wenn Ihnen etwas nicht gefällt, können Sie es sofort rückgängig machen. Probieren Sie es aus!

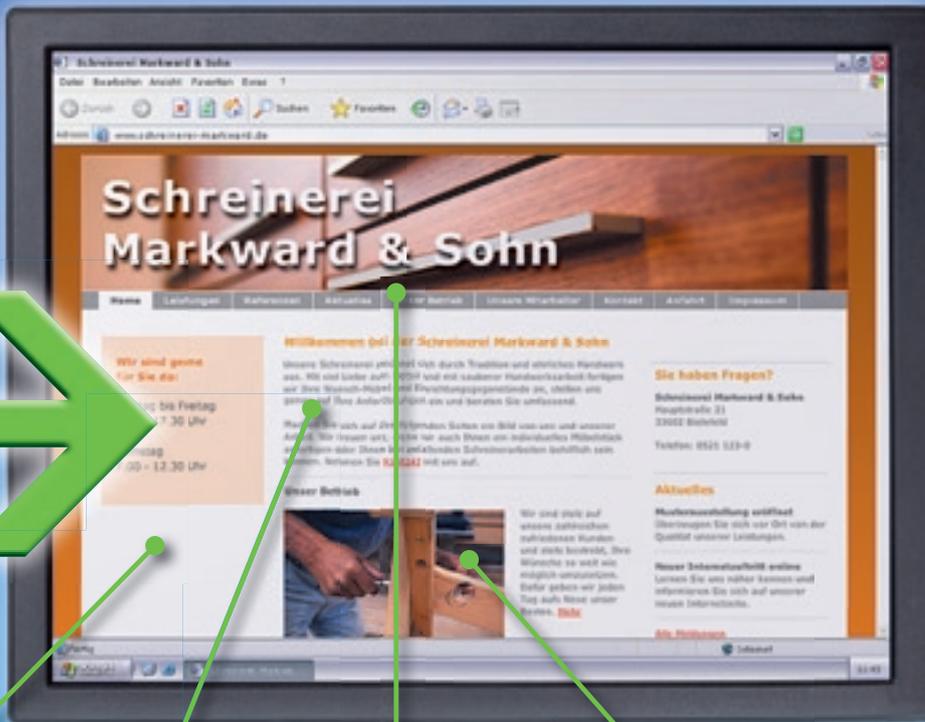


**Grundaufbau ändern –
kinderleicht!**



**Angebote – blitzschnell
aktualisiert!**

men-Homepage fertig



1&1 Branchen-Homepage Basic:

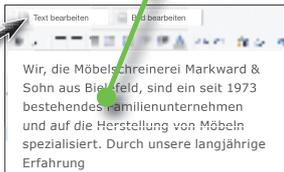
- ✓ hochwertige Homepage-Vorlagen für viele Branchen
- ✓ einfach online individualisierbar
- ✓ ohne Software-Download
- ✓ so einfach wie „Word“
- ✓ beliebige Seitenanzahl, beliebige Datenmenge
- ✓ eigene Internet-Adresse inkl. (Wahl aus .de, .com, .biz, .info)
- ✓ passende E-Mail-Adressen inkl.
- ✓ Telefon-Hotline an 7 Tagen/Woche rund um die Uhr für nur 14 ct/Min. (aus dem dt. Festnetz, Mobilfunkpreis ggf. abweichend)

Erst kostenlos ausprobieren, danach 12 Monate Mindestvertragslaufzeit, 4 Wochen Kündigungsfrist.

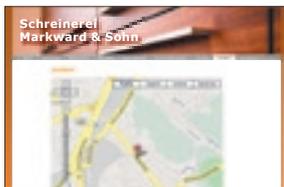
Komplett für nur

9,99
€/Monat
inkl. MwSt.

Jetzt kostenlos ausprobieren!



Eigene Texte – einfach drüberschreiben!



Lageplan – mit zwei Klicks aktiv!



Hauptgrafik wechseln – sekundenschnell!



Suchmaschinen-Optimierung – automatisch!



Eigene Bilder – bequem per Mausclick!

Oder gleich bestellen unter: **www.1und1.info**

1&1

Outsourcing

Es kommt auf die Zusammenarbeit an

Viele Unternehmen haben in den vergangenen Jahren ihr Heil im Outsourcing gesucht. Sie hatten gute Gründe dafür, auf externe Dienstleister zu setzen. Doch nicht alle Erwartungen haben sich erfüllt, wie eine Studie der Zeitarbeitsfirma Adecco zeigt.

Vor allem in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wurde viel über Outsourcing diskutiert (siehe Kasten). Heute ist es ruhiger um das einst so schlagzeilenträchtige Thema geworden. Zusammenhängen dürfte das vor allem damit, dass Industrieunternehmen nicht mehr im gleichen Ausmaß ganze Geschäftsbereiche auslagern, wie sie es noch vor rund zehn Jahren getan haben. Rückgängig gemacht wurde das Outsourcing allerdings selten. Indiz dafür: Der Anteil der zugekauften Waren und Dienstleistungen am Produktionswert des Verarbeitenden Gewerbes bleibt seit einigen Jahren in etwa konstant.

Gleichwohl stellt sich die Frage, wie zufrieden die Unternehmen heute mit ihren Entscheidungen von damals sind. TNS Infratest ist dem im Auftrag der Schweizer Personaldienstleistungsfirma Adecco nachgegangen. Die Meinungsforscher fühlten im Jahr 2008 rund 500 Unternehmen auf den Zahn und baten sie, eine Outsourcing-Bilanz zu ziehen. Was dabei herausgekommen ist:

Fast zwei Drittel der Befragten gaben an, dass Kosteneinsparungen grundsätzlich das wichtigste Motiv für die Auslagerung bestimmter Aufgaben seien. Mehr als die Hälfte der Unternehmen führte aber auch strategische Aspekte an. Dazu zählen etwa der Zugang zu externem Know-how,

eine höhere Kapazitätsauslastung, die Steuerung von Risiken und erwartete Qualitätsverbesserungen, die aus der höheren Spezialisierung der Outsourcing-Dienstleister resultieren.

So stehen beispielsweise Kantinenbetreiber, PR-Agenturen und Zulieferer unter starkem Wettbewerbsdruck und sind folglich gezwungen, ihre Leistungen ständig zu verbessern. Die Ausgliederung von Unternehmensfunktionen hat jedoch nicht nur Vorteile, sie ist auch mit Risiken und Unsicherheiten verbunden:

Knapp ein Drittel der befragten Unterneh-

men sah die Abhängigkeit von fremden Anbietern als größten Nachteil des Outsourcings an. An zweiter Stelle wurde der mögliche Verlust von eigenem Know-how genannt. Und etwa jedes fünfte Unternehmen befürchtete einen hohen logistischen Aufwand zwischen den Beteiligten.

Trotz aller Vorbehalte hat immerhin ein Drittel der Unternehmen schon einmal einen Aufgabenbereich outsourct. Von diesen Unternehmen wollten die Meinungsforscher auch wissen, welche besonderen Ansprüche sie an die beauftragten Dienstleister hatten und wie glücklich sie nun mit dem Ergebnis sind. Die Antworten ergeben ein differenziertes Bild (siehe Grafik):

Auf die Unabhängigkeit und Neutralität des externen Anbieters beispielsweise kam es 68 Prozent der Unternehmen besonders an – letztlich zufrieden oder sehr zufrieden damit zeigten sich sogar 73 Prozent. Von vielen Auftraggebern positiv beurteilt wurden auch individuelle Zusammenarbeit, Flexibilität und Zuverlässigkeit der Arbeitnehmer. Generell ist allerdings festzustellen, dass die Ansprüche an die Outsourcing-Dienstleister oft weitaus höher waren als die anschließende Zufriedenheit mit dem Ergebnis. Eklatante Schwächen offenbart die Auslagerung von Leistungen vor allem in einem Punkt: Nahezu alle Firmen legten viel Wert auf reibungslose Abläufe – gut geklappt hat das aber nur bei etwas mehr als der Hälfte.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Outsourcing: Teils hohe Reibungsverluste

So viel Prozent der befragten Unternehmen, die die Möglichkeit der Auslagerung von Aufgaben an externe Dienstleister schon einmal genutzt haben, hielten diese Punkte im Vorfeld für „sehr wichtig“ oder „wichtig“, und so viel Prozent der Unternehmen waren im Nachgang „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“ mit dem Ergebnis



OUTSOURCING

Wörtlich übersetzt heißt Outsourcing „die Nutzung externer Versorgungsquellen“. In der Praxis realisiert wird dies in zwei Hauptformen: Bei der reinen Auslagerung von betrieblichen Aufgaben oder Funktionen besteht in der Regel keine rechtliche und kapitalmäßige Verflechtung mehr. Die Geschäftsbeziehungen werden stattdessen durch Kauf- oder Lieferverträge geregelt. Bei der Ausgliederung hingegen, zum Beispiel der Gründung von Tochterunternehmen, sind die betroffenen Firmen weiterhin juristisch und über Kapitalbeteiligungen miteinander verbunden.



Leasing beliebter als Kreditaufnahme

Leasing – ob bei Banken und Sparkassen oder über spezielle Leasing-Firmen – wird im deutschen Mittelstand zunehmend beliebter

Bei Investitionen von rund 25.000 Euro denken 41 Prozent der Mittelständler zuerst an Leasing – und nicht an eine Kreditaufnahme. Das ist das Ergebnis einer Marktstudie, die das Marktforschungsinstitut TNS Infratest Finanzforschung im Auftrag des Bundesverbandes Deutscher Leasing-Unternehmen (BDL) durchgeführt hat. Bei der Mehrheit der Unternehmen habe sich die Einstellung zu Leasing geändert: Generell zögen 71 Prozent Leasing als Investitionsform in Betracht.

Mehr Vertragsabschlüsse

Unternehmen, für die Leasing interessant ist, schließen zu 86 Prozent auch einen Leasing-Vertrag ab. Auf alle Unternehmen in Deutschland umgerechnet, sind dies laut Studie 61 Prozent. Leasing sei vor allem für größere Unternehmen eine gute Al-

ternative: 85 Prozent der Firmen ab 50 Mitarbeitern könnten sich diese Finanzierungsform für ihr Unternehmen vorstellen. Größere Unternehmen hätten in der Regel einen höheren Investitionsbedarf.

„Bei kleineren, inhabergeführten Firmen mit bis zu 20 Mitarbeitern hat oft noch der Eigentumsgedanke das größte Gewicht. Hier gibt es einige Vorbehalte“, erläuterte Holger Rost, Vorsitzender des Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit des BDL.

Motiv Nr. 1: Leasing ist kalkulierbar

Auf die Frage nach den Motiven für den Abschluss eines Leasing-Vertrags nannten 59 Prozent der befragten Unternehmer die gleichmäßigen und genau kalkulierbaren Kosten.

Dass die Betriebsausstattung auf dem neuesten Stand bleibt, war für 52 Prozent der Unternehmer ein wichtiges Argument. „Leasing schont die Liquidität“ landete mit 46 Prozent auf dem dritten Platz im Ranking, vor „Flexibilität“ mit 44 Prozent und „steuerlichen Vorteilen“ mit 42 Prozent.

Leasing-Branche wird positiv beurteilt

Fast die Hälfte der befragten Unternehmer lobten laut Studie die Geschwindigkeit bei Angebotserstellung und Vertragsabwicklung beim Leasing. Seriosität und Vertrauen, die Beratungskompetenz und die individuellen Lösungen wurden von fast einem Drittel der Unternehmer als gut empfunden. 96 Prozent der Unternehmen waren laut Leasing-

Verband zufrieden bis vollkommen zufrieden mit ihrer Leasing-Gesellschaft.

Geleast wird heute alles, was denkbar ist: Zwar liegt der Schwerpunkt traditionell nach wie vor im Bereich Fahrzeuge. Aber auch Maschinen und Computer werden zunehmend geleast statt gekauft, und sogar Büromöbel, Bilder, Teppiche, Pflanzen, ja auch Berufskleidung, können Firmen heute leasen.

Tip: Leasing-Angebote richtig vergleichen

Bei der Auswahl der Leasing-Gesellschaft sollte der Unternehmer Angebote mehrerer Leasing-Geber vergleichen. Nicht immer ist der Leasing-Vertrag mit der niedrigsten Leasing-Rate der günstigste. Vergleichen Sie zusätzlich Vertragslaufzeit, Restwert und Vertragsart. Auch die übrigen Bedingungen, zum Beispiel Abrechnung nach Art der Laufzeit oder die Kosten bei vorzeitiger Kündigung sollten in den Vergleich einbezogen werden.

Streit gibt es häufig vor allem um den Restwert, insbesondere bei Autos. Bei Vertragsschluss sollten Leasing-Nehmer deshalb genau prüfen, ob

der Restwert etwa dem Wert des Fahrzeuges nach Vertragsablauf entspricht, rät der ADAC. Ist der Restwert zu hoch angesetzt, müsse der Leasing-Nehmer nämlich die Differenz zwischen dem tatsächlichen Fahrzeugwert und dem kalkulierten Restwert nachzahlen.

Problematisch könnten auch Verträge mit einem so genannten Andienungsrecht sein: Der Leasing-Geber kann dann verlangen, dass der Leasing-Nehmer das geleaste Objekt zu dem im Voraus vereinbarten Restwert kauft, auch wenn es weniger wert ist als der kalkulierte Restwert. Das gelte auch dann, wenn der Leasing-Nehmer vorher hohe Leasing-Raten in Erwartung einer Ankaufsmöglichkeit akzeptiert hat, warnt der ADAC. Ein Erwerbsrecht des Leasing-Nehmers bestehe hingegen nicht.

Quelle: MittelstandDirekt (uqrl)

WEBTIPP

www.lease2motivate.de



DIENSTWAGEN GEGEN GEHALTSVERZICHT

Es gibt kaum eine Leasinggesellschaft, die nicht andere von den umfassenden Vorteilen einer Gehaltsumwandlung überzeugen möchte. Firmenchefs und deren Angestellte gleichermaßen. So würden sich beispielsweise durch den Abzug der Fahrzeugkosten vom Bruttogehalt des Mitarbeiters die Personalnebenkosten der Firma reduzieren. Doch wie groß die Einsparungen im Detail tatsächlich sind, war bislang schwer zu sagen. Denn die Umwandlungsmodelle können nicht pauschal für alle, sondern müssen individuell für jeden einzelnen Beschäftigten berechnet werden. Der Verdacht, am Ende werde das Unternehmen zusätzlich noch belastet, ist nicht ganz unbegründet.

Über das Internet naht jetzt Hilfe. Denn: Unter dem Online-Rechen-tool www.lease2motivate.de können Unternehmer nun die entscheidenden Daten über Anzahl und Gehaltsklassen der Mitarbeiter eintragen und erhalten auf Knopfdruck eine Übersicht über das Einsparpotenzial. Auf der Basis von mehr als 7.000 Angaben haben die Unternehmensberatung Kienbaum und die Leasinggesellschaft Athlon Car im Durchschnitt bis zu 15 Prozent Ersparnis bei den Personalkosten ermittelt.

Auch die Arbeitnehmer können sich unter der genannten Webadresse – nach Eingabe persönlicher Daten sowie der Steuerklasse und der Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz – ausrechnen lassen, ob sich für sie die Gehaltsumwandlung überhaupt lohnt.

Zur Kostenoptimierung schlägt das System zudem eine ideale Kombination aus gefahrenen Kilometern und Vertragslaufzeit des Dienstwagens vor.

Deutschland baut auf den Mittelstand. Der Mittelstand baut auf uns.

Sparkassen: Deutschlands Mittelstandsfinanzierer Nr. 1.*



Als kompetenter Finanzpartner sorgen die Sparkassen für einen starken Mittelstand. Ob Existenzgründung, Firmenverkauf oder Kapital für Innovation oder Expansion: Mit unseren ganzheitlichen Finanzierungs- und Beratungslösungen stehen wir jedem Unternehmer professionell zur Seite. Mehr Informationen bei Ihrem Firmenkundenbetreuer und unter www.sparkasse.de.
Wenn's um Geld geht – Sparkasse.

*Laut Marktanteil von Sparkassen und Landesbanken bei Krediten an Unternehmen und Selbstständige, abgeleitet aus Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistisches Beiheft Reihe 1, Monatsbericht 01/2009.

Mit Leasing-Paketen gegen das Rabatt-Feilschen

Wenn man noch vor einem Jahr dachte, die schlimmsten Rabatt-Schlachten in deutschen Autosalons seien geschlagen, so muss man heute davon ausgehen, dass sie wohl wegen fortgesetzter Absatzkrise trotz Auslaufen der Abwrackprämie erst noch bevorstehen. Um das Preisgefilsche einzudämmen, offerieren die Händler zunehmend attraktive Finanzierungspakete, die weit mehr sind als ein Autokauf auf Raten.

Begünstigend kommt hinzu, dass Barzahlungen beim Kauf eines Neuwagens rar geworden sind. „Selbst die klassische Variante mit regelmäßigen Ratenzahlungen ist inzwischen selten geworden“, weiß Dietmar Kupisch, Sprecher des Arbeitskreises der Autobanken. Immer mehr setze sich die so ge-

nannte Drei-Wege-Finanzierung durch: Anzahlung, Monatsraten, Schlusszahlung. Damit nicht genug, werden aus dem Wettbewerb stets neue Paketlösungen geboren. Beispiel: Günstige Finanzierung, vier Jahre Garantie, kostenlose Wartung und Vollkaskoversicherung.

Auch Private mögen Leasing

Was für den Kunden nicht unbedingt günstig sein muss, kann für den Händler durchaus von Vorteil sein. Denn es ist extrem schwierig, solche Angebote mit den konkurrierenden Offerten zu vergleichen, die oft anders gestrickt sind. „Fakt ist jedenfalls, dass die Finanzierungen nicht transparenter werden“, behauptet Jochen Oesterle vom ADAC. Und: „Je größer das

geschnürte Paket, desto undurchschaubarer wird es für den Kunden.“

Die bei Firmen längst übliche Leasing-Variante wird nun auch von Privatkunden immer häufiger bevorzugt. Händlern ist diese Art der Abwicklung ohnehin angenehmer. Sie können besser kalkulieren und wissen genau, wann sie das Fahrzeug zurückbekommen. Doch ADAC-Sprecher Oesterle weiß auch: „Es bleibt in der Regel immer die teuerste Finanzierungsmethode.“ Und er gibt den Tipp: „Der Verbraucher sollte stets ein Kilometer-Leasing vereinbaren.“ Weil dann die Monatsrate nach der voraussichtlichen jährlichen Fahrleistung berechnet wird. Nach Ablauf des Leasing-Vertrages gibt es dann entweder eine Vergütung (bei weniger gefahrenen Kilometer) oder eine Nachzahlung (bei mehr als kalkulierter Fahrleistung).

hw



Leasen kann man heutzutage alles, doch im Vordergrund stehen die Leasing-Angebote für Fahrzeuge und Maschinen.

WICHTIGE FRAGEN VOR DEM VERTRAG

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) hat eine Checkliste herausgegeben, mit der Sie Leasing-Verträge prüfen können. Demnach sollten Sie (unter anderem) folgende Fragen beantworten können:

- ▶ Ist der Leasing-Gegenstand genau beschrieben?
- ▶ Wie hoch wäre der Preis, würde man das Objekt kaufen?
- ▶ Werden Rabatte weitergegeben/in der Kalkulation berücksichtigt?
- ▶ Wie hoch ist die Leasing-Sonderzahlung?
- ▶ Wie viele Leasing-Raten muss ich zahlen?
- ▶ Wie hoch ist die Leasing-Rate?
- ▶ Wie lange ist die Laufzeit?
- ▶ Wie hoch wird der kalkulierte Restwert sein?
- ▶ Handelt es sich um einen Voll- oder Teil-Amortisations-Vertrag?*
- ▶ Ist der Vertrag kündbar?
- ▶ Nach Ablauf der Leasing-Zeit: Muss ich das Leasing-Objekt gegebenenfalls kaufen (Andienungsrecht)?
- ▶ Kann ich die Mietzeit verlängern? Wie hoch sind die Raten bei Verlängerung?
- ▶ Bin ich am Mehr- und Mindererlös, d.h. am höheren Marktwert beteiligt, wenn das Objekt nach Ablauf der Leasing-Zeit an einen Dritten verkauft wird?

▶ Welche Kosten entstehen nach Ablauf des Leasing-Vertrags (z.B. Schlusszahlung, Transport-, Abbaukosten)?

* Bei einem **Voll-Amortisations-Vertrag** decken die Leasing-Raten während der Grundmietzeit die gesamten Kosten, also die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und alle Nebenkosten. Nach Ende der Leasing-Zeit kann der Leasing-Nehmer das Objekt zu einem geringen Restbuchwert kaufen oder es dem Leasing-Geber zurückgeben. Bei einem **Teil-Amortisations-Vertrag** decken die Raten nicht die gesamten Kosten, es bleibt ein Restbetrag, der so genannte kalkulierte Restwert.

kosten und alle Nebenkosten. Nach Ende der Leasing-Zeit kann der Leasing-Nehmer das Objekt zu einem geringen Restbuchwert kaufen oder es dem Leasing-Geber zurückgeben. Bei einem **Teil-Amortisations-Vertrag** decken die Raten nicht die gesamten Kosten, es bleibt ein Restbetrag, der so genannte kalkulierte Restwert.



Maßgeschneiderte Lösungen für Leasing weltweit.

Unsere maßgeschneiderten Finanzierungskonzepte erleichtern Ihnen die Investition in die Zukunft. Ob Transportmittel zu Lande, zu Wasser oder in der Luft, Maschinen für drinnen oder draußen oder modernste IT- und Energietechnik – mit dem Mobilienleasing-Programm der SüdLeasing sind Sie bestens aufgestellt und arbeiten erfolgreich mit neuestem Equipment.



www.suedleasing.com - info.de@suedleasing.com



Durch die Krise sind auch die globalen Lieferketten in Frage gestellt. Ein Umdenken findet längst statt

TRANSPORT & LOGISTIK

Produktion kommt wieder zum Kunden

Wenn weniger produziert wird, gibt es weniger zu transportieren. Die Wirtschaftskrise hat die Spediteure als eine der ersten Dienstleistungsbranchen voll erwischt. Doch dass bei den Auftraggebern ein Prozess des Umdenkens einsetzt, wird nun auch bei den heimischen Logistikern als neue Chance begriffen. Denn: „Wenn brasilianisches Eisenerz zu chinesischem Stahl wird, der in italienische Waschmaschinen verbaut und in Einzelhandelslager nach Süddeutschland transportiert wird, dann ist das viel teurer als noch vor fünf Jahren.“ Erich L. Gampenrieder, Partner in der Kronberger Unternehmensberatung Accenture, bringt die Kostenproblematik auf den Punkt. Globale Lieferketten machten heute weniger Sinn als noch zu Beginn des Jahrhunderts. „Viel mehr wird

das, was man den Nachbarschafts-Effekt nennt, weiter an Bedeutung gewinnen.“

Kostentreiber Maut

Gampenrieder ist überzeugt: „Statt die Komponenten dort zu kaufen, wo sie am günstigsten sind und in Niedriglohnländern durch Dritte montieren zu lassen, werden Unternehmen diese Aktivitäten wieder näher an den Verkaufsmarkt heranführen.“ Allein im vergangenen Jahr ist der Aufwand für die Spediteure um acht bis zehn Prozent gestiegen. Der Bundesverband Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung sieht die Kostentreiber in der Politik ebenso wie bei den Energie- und Personalkosten oder auch in den erhöhten Sicherheitsanforderungen. So verursacht

beispielsweise die Lkw-Maut 15 Prozent der gesamten Straßentransportkosten. Die Dieselpreise sind zwar gegenüber den vorjährigen Höchstständen gefallen, doch der Verband weist vorsorglich schon einmal darauf hin: Fünf Cent mehr pro Liter bedeuten ein Prozent höhere Gesamtkosten.

Fast ein Drittel entfällt auf Personalausgaben. Denn: Da die Brummi-Fahrer jetzt öfter Pausen machen müssen, ist es erforderlich, längere Fahrten doppelt zu besetzen. Schließlich schlägt auch die hohe Diebstahlquote zu Buche. So wird alljährlich in Europa für etwa acht Milliarden Euro Fracht entwendet, und Deutschland gehört laut einer EU-Studie zu den Hochburgen des organisierten Diebstahls.

Wieder näher am Kunden

Der knallharte Wettbewerb erlaubt es nicht, die steigenden Kosten gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten voll auf die Kunden abzuwälzen. Und es sind keineswegs nur die Billig-Anbieter aus den osteuropäischen EU-Ländern, die dem weitgehend mittelständischen Gewerbe das Überleben so schwer machen. Auch der international bedeutende Schweizer Transportkonzern Kühne + Nagel kämpft mit harten Bandagen: „Wir werden 400 zusätzliche Verkäufer einstellen“, kündigt Klaus-Michael Kühne an, „denn wir glauben, dass wir dadurch besser durch die Krise kommen werden als andere.“

Auf den sich abzeichnenden Trend, dass auch die sogenannten Global Player wieder näher an den Verbrauchermärkten produzieren, ist der Mittelstand bestens vorbereitet. Von dem Möbelhändler Ikea bis zum Fahrzeugbauer Telsa Motors gibt es inzwischen genügend Beispiele, wie sich der Aufbau neuer Fertigungsstandorte in Westeuropa durchaus kostensenkend auswirkt. Ein wichtiger Vorteil ist dabei die schnellere Verfügbarkeit. Statt erst nach zwei Monaten bei einer Produktion in Fernost können solche Firmen bei geringeren Transportkosten schon in zwei Wochen nachliefern.



Das Steuerprivileg der Deutschen Post behindert den Wettbewerb der deutschen Paketdienste

Grenzen der Globalisierung

Selbst für die gerne in Asien produzierende Textilbranche kann es problematisch werden, wenn große Bekleidungsketten jeden Monat eine neue Kollektion in den Läden präsentieren. Sechs Wochen Transportzeit per Schiffscontainer sind da kaum machbar.

Dennoch: Wenn die Bluse aus der Türkei kommt, der Pullover aus Bangladesch und der Anzug aus Kroatien, dann hilft nur noch ein systemgesteuertes Netzwerk – in der Fachsprache Supply Chain-Management genannt – um den Fachhändler vor Ort termin-

gerecht mit den geordneten Textilien zu beliefern. Mitunter müssen 200 Partner – Produzenten, Lieferanten, Agenten, Spediteure und Kontraktlogistiker – beteiligt und integriert werden. Bei kritischen Terminen muss die Möglichkeit gegeben sein, selbst in laufende Produktionsprozesse einzugreifen, Transportarten und Liefer Routen umzustellen. Das ist zweifellos einfacher, wenn die Schuhe in Ungarn statt in Shanghai gefertigt werden oder die neue Taschen-Kollektion aus Florenz kommt.

CW

„WIR MACHEN UNSERE LOGISTIK SELBST“

So schön die Beispiele von Kontrakt-Logistik – also über den Transport hinaus an Fremdfirmen ausgelagerte Dienstleistungen – auch sein mögen, für die meisten der kleinen und mittleren Unternehmen sind solche Konstruktionen eine Nummer zu groß. Typisch die Äußerung des Chefs einer Vertriebsgesellschaft für Geschenkartikel in Meerbusch bei Düsseldorf: „Diese Form der Arbeitsteilung mag für die großen Autokonzerne ganz brauchbar sein. Wir machen unsere Logistik lieber selbst und können so sehr flexibel auch auf sich verändernde Kundenwünsche eingehen.“

Nicht von ungefähr wurden 2008 insgesamt 2,25 Milliarden Pakete verschickt, die meisten von Gewerbeunternehmen. Neben der Posttochter DHL und den international aufgestellten Platzhirschen wie UPS oder DPD haben sich eine ganze Reihe kleinerer Wettbewerber angesiedelt, die beim Paketversand inzwischen kräftig mitmischen. Denn: „Guter Service ist keine Frage der Größe“, urteilt Markus Hamer vom Deutschen Institut für Service-Qualität. In dessen aktueller Studie behauptet sich DHL mit 97,4 Punkten nur noch ganz knapp auf dem ersten Rang vor Eparcel (97,3 Punkte) und GLS (96,5). Getestet wurden die Versanddauer, der Zustand des Pakets bei der Ablieferung und die Kundenfreundlichkeit.

Beim Preisvergleich helfen die Tarifrechner aus dem Internet: posttip.de, postsitter.de, versandtarif.de oder billigerverschicken.de.

„Wer möglichst klein packt, spart oft bares Geld“, weiß Eike Böttcher von Posttip.de. Denn die Maße bestimmen in aller Regel den Preis, das Gewicht ist eher zweitrangig. So kann der Kunde bei GLS bis zu 40 Kilogramm vom Paketshop aus versenden, und ein kleines Hermespaket kostet immer 4,00 Euro, wenn es bei einem der 13.000 Partner, etwa in der Bäckerei oder in der Tankstelle, abgegeben wird. Egal, ob der Inhalt 500 Gramm oder 20 Kilo wiegt. Wer eine Empfangsstation in seiner Nähe sucht, kann auf der Homepage des Anbieters den Filialsucher nutzen. Einfach die eigene Adresse eintippen, und schon wird der nächstliegende Shop angezeigt.

Der Streit um das Steuerprivileg der Deutschen Post berührt indes alle privaten Paketversender gleichermaßen. Bislang können nämlich nur gewerbliche Kunden die im Versandpreis enthaltene Mehrwertsteuer mit eigenen Abgaben verrechnen. Um Chancengleichheit herzustellen, wollte die Regierungskoalition eigentlich den Paketdiensten die 19 Prozent bei den Privatkunden erlassen wie es bei der Post der Fall ist. „Dies ist ein längst überfälliger Schritt auf dem Weg zu fairen Wettbewerbsbedingungen“, meint Elmar Müller vom Postkundenforum. „Jede Verzögerung schadet dem Wettbewerb und nützt allein der Post“, ereifert sich Hartmut Ilek, Deutschlandchef bei Hermes. Schließlich könne er ganz anders kalkulieren, wenn alle Anbieter steuerlich gleich behandelt würden.

Ein neuer *Hecht* im Karpfenteich

TUI CRUISES SUCHT MIT „MEIN SCHIFF“ UND EINEM WEITEREN KREUZFAHRTSCHIFF SEINEN PLATZ IM WETTBEWERB



Mit „Mein Schiff“, ein zweites Kreuzfahrtschiff kommt recht bald hinzu, zielt TUI Cruises auf Urlauber, die eine Alternative zwischen den traditionellen Kreuzfahrern und den Clubschiffen suchen

TUI Cruises ist die neue Kreuzfahrtmarke in Deutschland und steht für einen zeitgemäßen Urlaub auf dem Meer. Das Unternehmen ist ein Joint Venture der TUI AG aus Hannover und Royal Caribbean Cruises Ltd., der zweitgrößten Kreuzfahrtgesellschaft der Welt mit Sitz in Miami. Der Startschuss für TUI Cruises fiel am 22. April 2008. An diesem Tag unterzeichneten die Partner die Verträge.

Am 15. Mai wurde „Mein Schiff“, das erste Schiff von TUI Cruises, nach einem sechswöchigen Werftumbau im Hamburger Hafen getauft. Seitdem haben die Gäste an Bord die schönsten Städte entlang der Ostsee und des Nordlands entdeckt. Im Oktober kreuzt die „Mein Schiff“ bei verlängerten Sommertemperaturen im Mittelmeer. Zum Überwintern geht es dann im November in die Karibik, zu dem Fleckchen Erde, das Urlaubsträume mit Farben und Düften füllt.

Urlaub auf dem Meer neu erleben

Ein zeitgemäßes Kreuzfahrtprodukt für den deutschen Markt: Mit TUI Cruises erleben Gäste Urlaub auf dem Meer neu. Das Unternehmen vereint Reederei und Kreuzfahrtmarke unter einem Dach. Das erste Vier-Sterne-Plus-Schiff, am 23. Mai 2008 ab Kiel

zu seiner Jungfernfahrt „Baltische Impressionen“ aufgebrochen, sucht seine Nische im hart umkämpften deutschen Kreuzfahrtmarkt.

„TUI Cruises richtet sich mit seinem Angebot an all diejenigen, die sich von den derzeitigen



traditionellen Angeboten und den Clubschiffen nicht zu hundert Prozent angesprochen fühlen und daher bislang Urlaub auf dem Wasser in ihre Planung nicht mit einbezogen haben“, sagt Richard J. Vogel, CEO von TUI Cruises. Die Gäste genießen an Bord des Wohlfühlschiffes Freiraum, Entspannung und persönlichen, wertschätzenden Service. Die „Mein Schiff“ bietet ihren Passagieren viel Platz zum Beine und Seele austrecken: Rückzugsmöglichkeiten wie die Entspannungsinseln mit freiem Blick aufs Meer, geräumige Kabinen, die zu einem großen Teil mit großzügigen Veranden und Balkonen ausgestattet sind, viele Deckflächen und gute Möglichkeiten, auf einem Schiff privat zu sein – zum Beispiel mit einem morgendlichen Kaffee aus der kabineneigenen Nespressomaschine.

Das breite Sportangebot auf der „Mein Schiff“ lässt ebenfalls keine Wünsche offen: auf dem Schiff werden unter anderem Indoor Cycling, Yoga, Aerobic und Pilates veranstaltet. Der Spa-Bereich bietet Fitness und Wellness auf 1.700 Quadratmetern und eine Reihe von Beauty-Anwendungen. Neben den vielfältigen Massagen sind Thalasso-Anwendungen, die die Heilkraft des Meeres nutzen, ein Schwerpunkt des Angebotes. Der ganz besondere Luxus sind die Spa-Suiten. Hier stehen Sauna, Dampfbad, Spa-Massagen und Kosmetik dem Gast zur alleinigen Nutzung zur Verfügung.

Auf der „Mein Schiff“ ist die Servicesprache Deutsch, so dass jedes Anliegen – und sei es noch so individuell – verstanden wird.

Eine Juniorsuite auf „Mein Schiff“. Ein großer Teil der Kabinen sind mit Veranden und Balkonen ausgestattet.



DAS INTERVIEW

Unser Angebot gilt dem deutschsprachigen Markt

Interview mit dem CEO von TUI Cruises, Richard J. Vogel

Kennen Sie ein anderes Kreuzfahrtunternehmen, welches in diesem Tempo am Markt eingeführt worden ist?

Richard J. Vogel: Sicher war die Markteinführung von TUI Cruises sehr schnell, jedoch konnten wir auf gute Strukturen aufbauen. So hat das Joint Venture mit Royal Caribbean mehrere Vorteile: Unser Partner hat große Erfahrung in dem von uns angepeilten gehobenen Segment und auch mit Hapag-Lloyd Kreuzfahrten, der 100-prozentigen TUI-Konzerntochter, konnten wir Synergien bilden. So arbeiten wir in der Buchhaltung und bei unseren IT-Systemen zusammen und profitieren voneinander. Aber in der Tat war das schnelle Tempo bei der Markteinführung eine Herausforderung.

Warum musste es so schnell gehen?

Vogel: Uns war der Markteintritt im Jahr 2009 wichtig. Und der Bau eines Schiffes dauert gute drei Jahre, das war uns zu spät. So blieb uns hier diese – aber für uns sehr gute Option – ein großzügiges Schiff umzugestalten. Mit der MS Galaxy hatten wir ein Schiff gefunden, das zu TUI Cruises passte und uns auch den nötigen Raum bot, den wir zur Umsetzung unseres Konzeptes der „Mein Schiff“ benötigt haben.

Welches war die größte Herausforderung?

Vogel: Generell war unser Zeitplan knapp, da lag die größte Herausforderung darin, die vielen einzelnen Projekte gleichzeitig zu steuern. Der Kauf des Schiffes und die Organisation des Umbaus gehörten genauso dazu wie der Aufbau der neuen Strukturen bei TUI Cruises selbst. Da galt es natürlich Priorisierungen vorzunehmen und zu bestimmen, welche Projekte Vorrang haben. Bei dem Schiffsumbau hat es sich um sehr aufwändige technische Projekte gehandelt, was alleine schon eine riesige Herausforderung gewesen ist.

Warum glauben Sie, braucht der Markt „Mein Schiff“?

Vogel: TUI Cruises schließt mit seinem Angebot die Lücke zwischen der traditionellen Kreuzfahrt und den Clubschiffen und richtet sich ausschließlich an den deutschsprachigen Markt. Bei seinem Angebot verzichtet TUI Cruises beispielsweise auf feste Essenzeiten oder Captains Dinner. Auch laute Animation gibt es auf der „Mein Schiff“ nicht.



An Bord unseres Premium-Schiffes stehen Freiraum und Großzügigkeit im Mittelpunkt: Viele Decksflächen, großzügige Kabinen sowie Balkone und Veranden zeichnen das architektonische Konzept des Wohlfühlschiffes aus. Ein individuelles und wertschätzendes Serviceangebot bietet dem reiseerfahrenen und qualitätsliebenden Gast eine Kreuzfahrt nach seinem Geschmack – zum Beispiel mit einem morgendlichen Kaffee aus der kabineneigenen Espressomaschine.

Wo ist Ihr Schiff gerade unterwegs?

Vogel: Momentan entdecken unsere Gäste die schönsten Städte entlang der Mittelmeerküste: Palamós (Barcelona), Marseille, Villefrance (Nizza), Korsika, Rom, Neapel, Sizilien und Sardinien. Danach nimmt die „Mein Schiff“ im November Kurs auf die Karibik mit den Routen Nördliche- und Südliche Antillen. Im nächsten Sommer bieten wir dann wieder Nordlandtouren ab Kiel an.

Was muss man für eine Kreuzfahrt bei Ihnen ausgeben?

Vogel: Für rund 200 Euro pro Person Tagespreis bekommen Sie eine Verandakabine mit eigener Hängematte. Im Preis enthalten ist Vollpension in unseren Hauptrestaurants Atlantik und Anckelmannsplatz mit Tischgetränken zu den Hauptmahlzeiten. Darüber hinaus essen unsere Gäste auch im Bistro La Vela und am Cliff 24 Grill ohne Aufpreis. Neben dem morgendlichen Kaffee mit der kabineneigenen Espressomaschine stehen unseren Passagieren auch kostenlose Wasserspender zur Verfügung. Die Benutzung des öffentlichen Spa- und Fitnessbereiches ist für alle Gäste kostenfrei. Und auch das Trinkgeld ist im Reisepreis schon inkludiert.

Wohin reisen Sie persönlich am liebsten?

Vogel: Ich entdecke gerne Neues. Wichtig ist für mich im Urlaub, dass ich mich wohl fühle und daher bin ich nicht auf ein bestimmtes Ziel festgelegt. Reizen würde mich, wenn ich mal mehr Zeit hätte, eine Expeditions-kreuzfahrt in die Antarktis...

Vorsitzender der Geschäftsführung von TUI Cruises und CEO ist **Richard J. Vogel**. Mehr als 100 Mitarbeiter arbeiten in der Hamburger Unternehmenszentrale und am Standort Berlin.

Abmahnungen – Vorstufe zur Kündigung?

Die Abmahnung stellt in der Regel einen warnenden Hinweis des Arbeitgebers in Schriftform mit der Androhung von Rechtsfolgen für die Zukunft dar, wenn der/die Arbeitnehmer-/in das missbilligte Verhalten nicht ändert oder unterlässt. Darauf weist der Stuttgarter Fachanwalt für Arbeitsrecht Michael Henn hin.

Der Abmahnung kommen dabei im Rechtssinne drei Funktionen zu:

Hinweisfunktion

Hierdurch wird der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber darauf hingewiesen, dass ein bestimmtes Verhalten von ihm als Vertragsverletzung angesehen wird.

Dokumentationsfunktion

Das beanstandete, vertragswidrige Verhalten des Arbeitnehmers wird aufgezeichnet und dokumentiert.

Warn- und Androhungsfunktion

Mit der ausgesprochenen Abmahnung wird der Arbeitnehmer davor gewarnt, dass er bei weiterem Fehlverhalten oder im Wiederholungsfalle mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen zu rechnen hat, die bis zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses reichen können.

Eine Abmahnung kann sowohl mündlich wie auch schriftlich erfolgen. Durch eine davon zu unterscheidende Ermahnung wird der Arbeitnehmer nur dazu angehalten, in Zukunft seinen vertraglichen Pflichten (besser) nachzukommen. Sie ist kündigungswirksam ohne Bedeutung.

Die tatsächliche Abmahnung hingegen enthält Hinweise des Arbeitgebers auf die Rechtsfolgen, z. B. Ausspruch der Kündigung, falls der Arbeitnehmer das beanstandete Verhalten nicht ändert. Sie kann gerichtlich angefochten und überprüft werden.

DIE 5 HÄUFIGSTEN FEHLER

Wie Sie mit Angeboten überzeugen

Von Rudolf Bayerl

Jedes Kapitel der Marketing-Attacke bietet zehn ganz konkrete Tipps im Checklisten-Charakter. An den Kapitel-Enden haben die Fachautoren fünf häufige Fehler für Ihr Thema aufgelistet, die es unbedingt zu vermeiden gilt. Mit einem Augenzwinkern verstärkt die Fehlerübersicht die Kapitelinhalte und erinnert immer wieder sanft daran, kritisch zu prüfen.

- Sie erwähnen einen Ihrer Wettbewerber oder dessen Produkte negativ. Sie dürfen und sollen natürlich die Vorteile Ihres Produktes darstellen, aber nie ein negatives Wort über Ihren Wettbewerb in Schrift oder Wort äußern.
 - Sie erwähnen konkrete Geschäftsabschlüsse oder Aufträge, welche Sie mit Wettbewerbern Ihres Kunden für dieses oder andere Produkte getätigt haben. Damit haben Sie eine Menge Vertrauen verspielt, ein Profi wird das niemals tun.
 - Sie haben einen Preis abgegeben, den Sie nach kurzer Zeit nach oben korrigieren müssen.
- Erlauben Sie sich keine Fehlkalkulation. Wenn Sie den Preis nicht zu 100 Prozent genau sagen können, zum Beispiel wegen ständiger Währungsschwankungen, bauen Sie sich entweder einen Kalkulationspuffer ein oder erwähnen Sie sofort in Ihrem Angebot, dass Ihr Angebotspreis an diese oder jene Besonderheit gebunden ist.
 - Sie haben sich nicht im Vorfeld abgesichert, dass ein von Ihnen angebotenes Produkt nicht die Rechte Dritter verletzt. Das Anbieten von Plagiaten (Raubkopien) ist das Todesurteil für Sie und Ihr Unternehmen. Wenn Ihnen besonders preiswerte Ware angeboten wird, prüfen Sie besonders genau, dass Sie nicht einem Plagiat auf den Leim gehen. Ihr Kunde wird Ihnen das nie verzeihen.
 - Sie haben ein Angebot abgegeben, einen Auftrag erhalten, und Sie können nicht liefern. Wenn Sie nicht im Vorfeld darauf hingewiesen haben, dass das Angebot nur bis zum Abverkauf der Bestände gültig ist, müssen Sie die Lieferfähigkeit garantieren können, auch zum angebotenen Preis und in angemessener Lieferfrist.



Mehr Tipps und Checklisten finden Sie im Fachbuch „Marketing-Attacke“.

www.sgv-verlag.de

RECHT IM GESPRÄCH



Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar, stellt sich den Fragen unserer Leser

Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen dabei ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand wie die Vertragsverhältnisse zwischen Firmen und Verbrauchern.

Wir wollen helfen, Klarheit in den Paragraphen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlicht und beantworten.

Aber Achtung: Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.

Unser Leser Fried M. gründete mit Musterprotokoll eine UG (haftungsbeschränkt) mit einem Geschäftsführer. Er möchte wissen, ob er kurzfristig nach der Gründung im vereinfachten Verfahren einen weiteren Geschäftsführer bestellen kann.

Grundsätzlich besteht diese Möglichkeit, wobei das vereinfachte Verfahren dann keine Anwendung mehr findet. Es kann aber zu Schwierigkeiten und weiteren – vielleicht nicht einkalkulierten – Kosten kommen. Das hängt mit der Befreiung des ersten Geschäftsführers von dem Selbstkontrahierungsverbots nach § 181 BGB zusammen. Inzwischen haben sich dazu in Rechtsprechung und Literatur verschiedene Meinungen herausgebildet. Welche sich durchsetzen wird, ist ungewiss.

So wird die Auffassung vertreten, dass die Befreiung von § 181 BGB auch bestehen bleibt, wenn später weitere Geschäftsführer zum Gründungsgeschäftsführer hinzukommen. Eine weitere Ansicht will die Befreiung auf die Zeit beschränken, in der es nur einen Geschäftsführer gibt. Es müssen also keine neuen Beschlüsse hierzu gefasst werden, wenn der Geschäftsführer ausgetauscht wird.

Das Oberlandesgericht Stuttgart vertritt eine deutlich engere Auslegung der gesetzlichen

Vorschriften. Danach gilt die Vertretungsregel gemäß Musterprotokoll nur für den namentlich genannten Geschäftsführer. Wird dieser ausgewechselt oder treten weitere Geschäftsführer hinzu, so müssen deren konkreten Vertretungsregeln durch den zu ändernden Gesellschaftsvertrag neu festgelegt werden.

Praxistipp: Der Gründungswillige sollte rechtzeitig vor der ersten Beurkundung mit dem Notar über mögliche Veränderungen der Gesellschaftsstruktur in der Zukunft sprechen. So lassen sich Missverständnisse und Folgekosten durch zusätzliche notwendige Beurkundungen eventuell vermeiden.

Unsere Leserin Martha G. fragt nach, ob in den Mietverträgen ihrer Eigentumswohnungen die Größe der Mietfläche stets angegeben sein muss. Sie habe deshalb mit einem der Mieter erheblichen Ärger.

Grundsätzlich gilt, dass die Größenangabe zur Wohnung tatsächlich stimmen muss, wenn dazu eine Aussage im Vertrag getroffen wird. Weicht die angegebene qm-Zahl von der tatsächlichen deutlich ab, so ist von einem Mangel der Wohnung auszugehen. Der BGH hatte einmal einen Fall zu entscheiden, in dem als Wohnfläche „ca. 100 qm“ im Mietvertrag standen. Ein Gutachten ergab später eine tatsächliche Größe von lediglich 77,37 qm. Der Bundesgerichtshof nahm deshalb einen berechtigten Grund für eine fristlose Kündigung durch die Mieter an.

Allerdings wies der BGH auch darauf hin, dass die Abweichung der Ist- von der Sollbeschaffenheit für den Mieter nicht erkennbar sein darf. Konnte der Mieter bei Mietbeginn oder danach erkennen, dass die tatsächliche Wohnfläche die im Mietvertrag angegebene um mehr als zehn Prozent unterschreitet, ohne dies zum Anlass für eine zeitnahe Kündigung zu nehmen, so kann er sein Kündigungsrecht verwirkt haben.

Praxistipp: Manchmal empfiehlt es sich, eine Bauzeichnung oder einen Grundriss mit Maßangaben als Anlage zum Mietvertrag zu nehmen. Die Anlage sollte fest mit dem Mietvertrag verbunden und ebenfalls unterschrieben werden. Zumindest empfiehlt es sich aber, vor Abschluss des Mietvertrages eine Erstberatung bei seinem Rechtsanwalt in Anspruch zu nehmen, um danach die optimale und am konkreten Einzelfall ausgerichtete Formulierung für seinen Mietvertrag zu finden. Das Anwaltshonorar beläuft sich nur auf einen Bruchteil der Kosten, die ansonsten später in einem Rechtsstreit anfallen können.



ERHARD-ZITATE

Rufe doch um Gottes willen nicht mehr nach dem Staat, sondern tue alles, um den Staat wieder zurückzudämmen und zurückzudrängen aus den privaten Lebensbereichen, in die er eingedrungen ist...

*

Wir müssen uns in dieser – allerdings schon recht späten – Stunde auf uns selbst, unsere Verantwortung, unsere Pflicht gegenüber dem Schicksal des deutschen Volkes und des Staates besinnen.

*

Wenn jeder und alle Gruppen glauben, ohne Rücksicht auf das Ganze den Augenblick für sich nutzen zu können, aber gleichwohl bereit sind, die Konsequenzen ihres eigenen Verhaltens dem Staat als Schuld anzulasten und ihn allein für die Stabilität verantwortlich zu machen, dann ist ein Grad der Verirrung und Verwirrung erreicht, der den gesunden Sinn aller Wohlmeinenden herausfordern müsste.

*

Die stärkste Stütze einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist der Wille der Individuen, sich die Freiheit ihrer Lebensführung zu bewahren und sich nicht in allen Lebensäußerungen schablonisieren, uniformieren und kollektivieren zu lassen.

*

Ich bin der Meinung, dass es den Staat gar nichts angeht, wie der einzelne Staatsbürger sein Geld verbrauchen will, – dass er also in diesem Sinne nicht Morallehrer zu sein hat. Es soll vielmehr jeder einzelne nach seiner Fassung selig werden.

*

Sicherlich ist es ein Fortschritt, wenn wir alle dank der zunehmenden Effizienz und Leistungsergiebigkeit unserer Arbeit mehr Freizeit, mehr Erholung, mehr Ruhe und Besinnung gewinnen können, aber zum Segen wird uns diese Entwicklung nur dann werden, wenn wir von diesen Gaben den rechten Gebrauch zu machen wissen.

Quelle: ‚Die Soziale Marktwirtschaft. Der Ludwig-Erhard-Zitatenschatz.‘ Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Berlin 2007. ISBN 978-3-00-023130-8

Schreiben Sie uns: rechtsfragen@mitmagazin.com

AKTUELLE URTEILE

Kindergartenkosten und Unterhalt

BGH; Urteil vom 26.11.2008;
XII ZR 65/07

Trennen sich Eltern, muss einer von beiden zukünftig Barunterhalt für die Kinder zahlen. Dieser richtet sich im Streitfall nach der „Düsseldorfer Tabelle“. Der Bundesgerichtshof hat nun klargestellt, dass Kindergartenbeiträge und vergleichbare Aufwendungen für die Kinderbetreuung nicht in den Unterhaltsbeträgen der Tabelle enthalten sind. Das gilt unabhängig von der Höhe des Unterhalts.

Allerdings haben sich beide Eltern diesen Mehrbedarf für den Kindergartenbeitrag entsprechend ihren Einkommensverhältnissen zu teilen. Verpflegungskosten (zum Beispiel im Falle einer Ganztagsbetreuung) sind dagegen durch die normalen Unterhaltszahlungen abgedeckt.

Grundsteuer und Grundgesetz

BVerfG; Beschluss vom 18.02.2009;
1 BvR 1334/07

Die Eltern dreier Kinder hatten gegen den ihnen für ihr selbst genutztes Grundstück zugegangenen Grundsteuerbescheid erfolglos vor dem Verwaltungs- und dem Oberverwaltungsgericht geklagt. Das Bundesverfassungsgericht nahm die von ihnen eingelegte Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung an. Zur Begründung führte das höchste deutsche Gericht aus, dass die Grundsteuer der Verfassung entspreche und bereits im Grundgesetz mehrfach Erwähnung finde. Es ist auch nicht zu beanstanden, dass die Grundsteuer grundsätzlich ohne Rücksicht auf die persönlichen Verhältnisse der Grundbesitzer erhoben wird. Sie ist eine reine Objektsteuer.

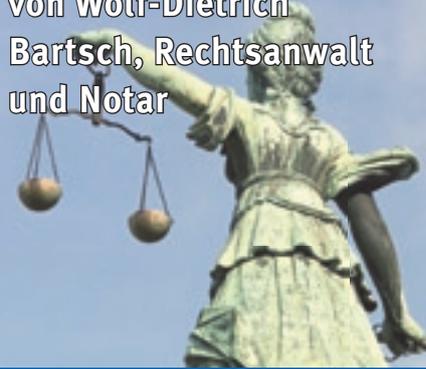
Erneut: Der unwirksame Ehevertrag

BGH; Beschluss vom 18.03.2009;
XII ZB 94/06

Der Bundesgerichtshof setzt seine Einzelfallrechtsprechung zu den Eheverträgen fort. Natürlich gibt es grobe Linien in der Rechtsprechung. Letztendlich kommt es aber immer auf den konkreten Fall und seine besonderen Umstände an.

Im aktuellen Fall hatten die Eheleute einen Tag vor der Hochzeit einen Ehevertrag geschlossen, in dem sie den

Zusammengestellt von Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar



rechtsfragen@mitmagazin.com

Versorgungsausgleich ausgeschlossen und die Gütertrennung vereinbart hatten. Auch zum Unterhalt wurden Regelungen getroffen. Die Ehefrau war bei Abschluss des Vertrages schwanger und es war klar, dass sie ihre berufliche Tätigkeit zum Zwecke der Kindesbetreuung vorübergehend aufgeben werde.

Im Scheidungsverfahren hat das Amtsgericht auf Antrag der Ehefrau und im Widerspruch zum Ehevertrag den Versorgungsausgleich durchgeführt. Der ausgleichspflichtige Ehemann ging dagegen in die Beschwerde. Das OLG sah den Ehevertrag insgesamt (!) als nichtig an und der Bundesgerichtshof widersprach dem zumindest für den Ausschluss des Versorgungsausgleichs nicht, da nur dies durch ihn zu überprüfen war. Der ehevertragliche Ausschluss des Versorgungsausgleichs geht einseitig zu Lasten der Ehefrau. Eine solche einseitige Lastenverteilung, die durch keinerlei Vorteile für die Ehefrau kompensiert wird, ist nach § 138 I BGB unwirksam.

Praxistipp: In vielen älteren Eheverträgen schlummern noch einseitige Vertragsklauseln. Früher wurde gerade bei Unternehmer-Ehen regelmäßiger Versorgungsausgleich und der Zugewinnausgleich ausgeschlossen. Nicht selten kam ein Unterhaltsverzicht hinzu. Diese Gemengelage kann im Fall des Scheiterns der Ehe für äußerst unangenehme Überraschungen sorgen. Daher gilt: Eheverträge sollten genauso wie Testamente oder Erbverträge alle 5-10 Jahre zum „TÜV“, damit der Rechtsanwalt oder der Notar die Verträge an die neuen rechtlichen und tatsächlichen Entwicklungen anpassen kann.

Ohne Miete keine Heizung

BGH; Urteil vom 06.05.2009;
XII ZR 137/07

So pauschal ist das natürlich nicht richtig. Aber: Wer als Mieter keine Miete zahlt und das Objekt nach Beendigung des Mietvertrages weiternutzt, der hat keinen Anspruch darauf, dass der Vermieter weiterhin für Heizenergie sorgt. Der Mieter eines Gewerberaums hatte schon seit Monaten keine Miete mehr gezahlt. Auch die Nebenkosten begleicht er nicht. Er nutzte das Objekt trotz Kündigung durch den Vermieter weiter. Dieser drohte ihm nun die Versorgungssperre an. Die Heizenergie lieferte in diesem Fall der Vermieter.

Der Bundesgerichtshof sah keine nachvertragliche Verpflichtung des Vermieters (auch nicht aus Treu und Glauben) zur Fortsetzung der Versorgungsleistungen. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Mieter sich mit Mietzins und Nutzungsentschädigung in Verzug befindet. Dem Vermieter würde bei Weiterbelieferung ein stetig wachsender Schaden drohen.

Aufklärung tut Not

OLG Hamburg; Beschluss vom 13.02.2009;
11 U 41/08

Erfährt ein Architekt vor Ablauf der Verjährungsfrist, innerhalb der er selbst in Regress genommen werden könnte, von Mängeln in der Bauaufsicht, so trifft ihn eine besondere Aufklärungspflicht. Er hat den Bauherrn rechtzeitig vor Ablauf der Verjährungsfrist auf den Mangel und seine in Betracht kommende Architektenhaftung hinzuweisen. Kommt der Architekt dem nicht nach, so gelten die vom BGH aufgestellten Grundsätze der Sekundärhaftung.

Der Architekt hat eine besondere Vertrauensstellung gegenüber dem Bauherrn. Diese Position des Architekten hat eine entsprechende Aufklärungspflicht zur Folge. Verletzt der Architekt diese Verpflichtung, so kann er sich im Schadensfall nicht auf die Einrede der Verjährung berufen.

BÜCHER

Je kürzer, desto länger

Die populärsten Irrtümer
Broschur, 160 Seiten, 8,90 Euro
Humboldt, ISBN 978-3-86910-450-8

„Sex macht schlank“, „Südländer sind die besseren Lover“, „Wie die Nase des Mannes ...“ – stimmt das wirklich alles? Die Autorin schaut unter Beachtung aktueller Forschungsergebnisse etwas genauer unter die Bettdecke, allerdings ohne aufklären zu wollen. Charmant und unterhaltsam deckt sie die häufigsten Sex-Irrtümer und populärsten Sex-Mythen auf. Viel Spaß!

Fleißige Frauen arbeiten, schlaue steigen auf

Broschur, 220 Seiten, 19,90 Euro
Gabal Verlag, ISBN 978-3-89749-912-6



Lieber die Letzte an der Bar als die Erste im Büro! Will sagen: Es reicht nicht, gut zu sein, man muss auch dafür sorgen, dass dies die richtigen Leute erfahren. Frauen leiden häufig am „Dornröschen-Syndrom“ und hoffen insgeheim, dass

ihre Leistung schon irgendwann entdeckt und gewürdigt wird. Doch Prinzen kommen im Business selten vor. Vor diesem Hintergrund hilft das Buch bei der Selbstvermarktung.

Welche Farbe haben schottische Schafe?

Handbuch des skurrilen Wissens
Broschur, 320 Seiten, 12,90 Euro
Humboldt, ISBN 978-3-86910-001-2



Wie viel Müll findet sich am Mount Everest? Welcher Fisch kann seekrank werden? Und, siehe Titel, welche Farbe haben eigentlich schottische Schafe? Dieses Buch bietet die Antworten auf diese und viele weitere Fragen aus den verschiedensten Themenkreisen und Wissensgebieten. Abgerundet wird das Buch mit humorvollen Denkaufgaben und Anekdoten.

Der Apfel-Faktor

Ulsamer
Gebunden, 208 Seiten, 17,95 Euro
Kösel Verlag, ISBN 978-3-466-30795-1

„Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm“, sagt eine Volksweisheit, die sich im beruflichen



Kontext immer wieder bewahrt. Der Blick in die eigene Familiengeschichte ist äußerst aufschlussreich, um die Ursachen für innere Zufriedenheit und äußeren Erfolg zu verstehen, aber auch die Hintergründe für Unzufriedenheit und Fehlschläge. Wer erkennt, was ihn beeinflusst, kann hinderliche Prägungen überwinden.

Das passende Zitat für jeden Anlass

Katrin Höfer
Broschur, 320 Seiten, 12,90 Euro
Humboldt, ISBN 978-3-86910-003-6



„Banken sind gefährlicher als stehende Heere“ – dieses Zitat des 3. amerikanischen Präsidenten Thomas Jefferson ist angesichts der Finanzkrise immer noch aktuell, wie sehr viele Zitate und Aussprüche aus früheren Jahrhunderten. Neben Klassikern und uralten asiatischen Weisheiten findet man auch Aussprüche bekannter Politiker und Popstars unter den mehr als 1.000 originellen Zitaten.

Jetzt mal Tacheles

Dina und Leonie Spiegel
Gebunden, 120 Seiten, 14,90 Euro
Artemis, ISBN 978-3-538-04006-9

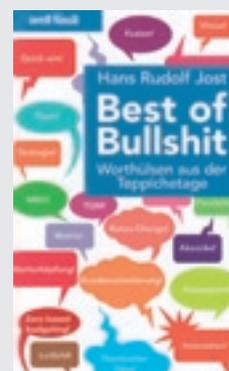


Zeit seines Lebens verbrachte Paul Spiegel viele Abende damit, sich mit der Familie und Bekannten Witze zu erzählen. Für ihn war jüdischer Humor ein Le-

benselixier und die Möglichkeit, mit Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen hemmungslos zu lachen. Seine Töchter kommen nun dem Wunsch des 2006 verstorbenen ehemaligen Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland nach, eine Sammlung seiner Lieblingswitze herauszugeben.

Best of Bullshit

H. R. Jost
Gebunden, 168 Seiten, 14,90 Euro
Orell Füssli Verlag, ISBN 978-3-280-05330-0



Was bedeuten all' die Schlagworte, mit denen sich Manager so gerne als besonders fortschrittlich und zukunftsorientiert geben? In seinem ABC des Managements bürstet der Autor so ziemlich alles gegen den Strich, was im Schlagwort-

schatz der Manager zu entdecken ist. Von A wie Abzocke bis Z wie Zielvereinbarung hat er sich den Worthülsen aus der Teppichetage angenommen und sie auf ihren Sinngehalt überprüft.

Ab jetzt Begeisterung

Dominic Veken
Gebunden, 220 Seiten, 18,00 Euro
Murrmann Verlag, ISBN 978-3-86774-063-0



Autor Dominic Veken setzt für die Zukunft unserer Gesellschaft auf das Individuum und seinen starken Charakter, auf Gemeinschaften und ihre Idole. Ob Fußball, Surfen Bionade, Barack Obama, Apple oder Yale, der Club der toten Dichter, die Anthro-

posophie, die Mafia oder Jesus Christus – Begeisterung schafft Visionen, und Geistesgemeinschaften setzen sie in soziale Bewegung um. In diesem Buch erfährt man, wie es funktioniert.

CDU-Mittelstand nimmt PKM-Vorsitzenden an Bord



Mittelstand auf der River-Lady über den Rhein

Die MIT Wesel und Kleve hatten schon längst erkannt, wo die Zukunft der nieder-rheinischen Wirtschaft liegen könnte: nämlich am Wasser. Auch deshalb luden die Kreisverbände unter Vorsitz von Dr. Ulrich Erens und Andy Mulder zu einer „Kreuzfahrt“ mit der River-Lady auf dem Rhein ein. Neben dem MIT Bezirks-

vorsitzenden Michael Darda konnte auch MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen begrüßt werden. Zudem gesellten sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen und PKM-Vorsitzende Christian Weisbrich sowie Landesverkehrsminister Lutz Lienenkämper zu den 270 Mittelständlern.

Exklusive Führung über die Galopprennbahn

Der Berliner MIT-Landesvorsitzende Norbert Lehmann-Ehlert und der MIT-Kreisvorsitzende Wuhletal, Alexander J. Herrmann, luden die Berliner MIT-Mitglieder zu einer Führung der besonderen Art ein. Der Berliner Mittelstand schaute hinter die Kulissen der mit 141 Jahren ältesten Rennbahn Deutschlands.

Die Geschäftsführung der Rennbahn Hoppegarten führte die mehr als 50 Mitglieder aus allen Berliner Kreisvereinigungen über die Anlage. Anschließend klang die Veranstaltung bei Speis und Trank in der exklusiven Klublounge aus. Die Mitglieder nutzten dies zum Erfahrungsaustausch und zum Netzwerken.

AUSWIRKUNGEN DER FINANZKRISE

Zu einer Zwischenbilanz mit Blick auf die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hatten die Junge Union und die MIT Hochsauerlandkreis eingeladen. Nach einer Besichtigung der Produktionsanlagen der Firma TITAL, die weltweit Kunden aus der Luft- und Raumfahrtindustrie, Elektronik- und Optikindustrie sowie Formel 1 und Motorsport beliefert, folgte eine Podiumsdiskussion unter Moderation des JU-Pressesprechers Bernd Schulte. Als Gesprächspartner standen den Gästen der MIT-Vorsitzende Ulrich Klein, Jürgen Dörner (Vorstand Volksbank Sauerland eG), Dr. Volker Verch (Geschäftsführer des Unternehmensverbandes Westfalen-Mitte) und CDU-Bundestagskandidat Patrick Sensburg zur Verfügung. Die Teilnehmer waren von den klaren und offenen Worten der Unternehmer, Banken- und Verbandsvertreter beeindruckt. Der allgemeine Tenor: Die mittelständischen Unternehmen im Sauerland sind gut aufgestellt und werden diese Krise erfolgreich bewältigen, auch wenn es an der einen oder anderen Stelle ohne ernsthafte Einschnitte nicht gehen wird. Hubertus Winterberg (MIT-Vorstand) regte an, den Gedankenaustausch von JU und MIT in Zukunft auch mit anderen Themen fortzusetzen.

Finanzkrise – Wirtschaftskrise – Gesellschaftskrise?

Überbordende Bürokratie, Reformstau, ein mittelstandsfeindliches Erbschaftsrecht und eine Steuerreform, die den Namen nicht wirklich verdient, sind heute brennende Probleme des Mittelstandes. Zu diesem Fazit kam der Vorsitzende der MIT Bodenseekreis, Jürgen Schäfer, der zu einer Veranstaltung mit Gerhard Stratthaus (Landesfinanzminister a.D.) als Referenten eingeladen hatte. Dass

Ungleichgewichte und Überkapazitäten in jedem Fall zu einer Anpassungskrise geführt hätten, war allen Verantwortlichen klar. Die Finanzmarktkrise hat dies nur noch verschärft und beschleunigt. Er lobte ausdrücklich das Vorgehen von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die erklärt hatte, dass die Einlagen der Sparer in Banken und Sparkassen sicher sind. Dadurch wurde ein massiver Kapitalabfluss von Bargeld verhindert.



Die MIT Bodenseekreis diskutierte über den Ausweg aus dem Reformstau (v.l.n.r.): Lothar Rietsamen, Ulrich Müller, Gerhard Stratthaus und Peter Ibbeken (MIT-Landesvorsitzender in Baden-Württemberg).

9. Bundesdelegiertenversammlung der MIT in Berlin

Starker Mittelstand – Starkes Deutschland



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU/CSU

» Sie sind herzlich auf der 9. MIT-Bundesdelegiertenversammlung in Berlin willkommen. Melden Sie sich rechtzeitig an. «

6. und 7. November in Berlin

Alle 2 Jahre lädt die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU zu ihrer Bundesdelegiertenversammlung ein. Unter dem Motto :

„Starker Mittelstand – Starkes Deutschland“

erwarten Sie in diesem Jahr wieder über 600 Delegierte, 200 Gäste aus dem In- und Ausland sowie zahlreiche Vertreter der öffentlichen Medien.

Folgende Programmpunkte stehen u.a. auf der Agenda:

- » Rede der Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel MdB**
- » Rede des Bundeswirtschaftsministers (angefragt)
- » Grußworte
 - **Frank Henkel MdA**
(CDU Landes- und Fraktionsvorsitzender Berlin)
 - **Prof. Dr. Otto Wulff**
(Bundesvorsitzender der SeniorenUnion)
 - **Philipp Mißfelder MdB**
(Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands)
- » Neuwahlen des Bundesvorstandes
- » Beratung des Leitantrages sowie weiterer Anträge
- » „20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer“
 - **Dr. h.c. Lothar de Maizière** (Erster und letzter freigeählter Ministerpräsident der DDR)
 - **Dr. Hubertus Knabe**
(Leiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen)
- » „Berliner Abend“ mit Buffet und Rahmenprogramm

Ausführliche Informationen rund um die 9. MIT-Bundesdelegiertenversammlung:
www.mittelstand-deutschland.de/buko_2009

Bildnachweis: © iStockphoto.com/naphitalina

BERLIN

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
Bundesgeschäftsstelle
Charitéstraße 5
10117 Berlin

Tel.: +49. 30. 22 07 98-0
Fax: +49. 30. 22 07 98-22
www.mittelstand-deutschland.de

Optimisten braucht das Land



Karl-Theodor zu Guttenberg: „Die Soziale Marktwirtschaft war, ist und bleibt ein Erfolgsmodell - auch nach der Krise!“

Wie ein Leistungssportler nahm der Bundeswirtschaftsministers Karl-Theodor zu Guttenberg den kürzesten Weg auf die Bühne und brachte bereits mit den ersten Sätzen die über 1.500 Besucher der CDU und der MIT Tuttlingen zum Toben: „Dies ist heute der erste Auftritt in Baden-Württemberg, bei dem ich ein Bier auf dem Pult stehen habe.“ Nahm einen Schluck und „entschuldigte“ sich für seine zehninmütige Verspätung: „Mir wurde mein Dienstwagen gestohlen!“ Auf der Veranstaltung überzeugte er aber nicht nur durch seinen Charme und Wortwitz. Er betonte, dass die Soziale Marktwirtschaft gerade in den heutigen Krisenzeiten Leitschnur der Politik sein muss. Das Land brauche keine „Superpessimisten“ und „gezielte Schlechtederei“. Vielmehr käme es darauf an, der Krisenstimmung die Chancen und Potentiale entgegenzusetzen. „Es gibt Grund zur Zuversicht, wenn man der Krise realistisch begegnet“, führte er aus. Mit dem Grundvertrauen in die Soziale Marktwirtschaft könnten die Krisenzeiten überwunden werden. Dies bekräftigte auch der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder in seiner Rede.

Wirtschaftsabend für den Mittelstand

Dass die bekannten Themen Finanzkrise, Kreditklemme und Wirtschaftswachstum nicht nur Begriffe aus der Tageszeitung sind, bewies die MIT des Stadtverbandes Coesfeld in Nordrhein-Westfalen. Im Rahmen einer CDU-Aktionswoche hatte sie einen Wirtschaftsabend gestaltet und

dazu Referenten von der Sparkasse Westmünsterland und der NRW-Bank verpflichten können. Damit zu einem solchen Thema auch bei einem mittelständischen Unternehmen getagt werden konnte, hatte der Biogroßhändler Weiling sein Seminarzentrum zur Verfügung gestellt. Weiling beliefert mit rund 400 Mitarbeitern deutschlandweit Bioläden und hilft mit einem eigenen Konzept bei der Ladengestaltung und Unternehmensführung.



Wirtschaftsabend für den Mittelstand in Coesfeld (v.l.n.r.): Uwe Kombrink (MIT-Bundesvorstandsmitglied), Reimund Thiele (Sparkasse Westmünsterland), Felix Tenkmann (NRW-Bank) und Dr. Peter Meyer (Geschäftsführer Weiling).

Mittelstand geht in die Luft

Große Resonanz fand eine Veranstaltung der MIT Ammerland. Auf dem Flugplatz Felde fand die Auftakt-Veranstaltung der MIT Ammerland zum Thema „Neue Herausforderungen für die niedersächsischen Unternehmen“ statt. Vor vollem Haus bot zu Beginn der Deutsche Meister im Kunstflug, Burkhard Schröfel, eine atemberaubende Vorstellung seines Könnens. Im Anschluss diskutierten die 70 Gäste auf Einladung des MIT-Vorsitzenden Stefan Pfeiffer mit dem Bundestagsabgeordneten Thomas Kossendey und dem

niedersächsischen CDU-Landesvorsitzenden David McAllister. Diese stellten in ihren Ansprachen insbesondere die geplanten Erleichterungen für kleine und mittelständische Unternehmen heraus.



Mittelstandsgespräch zwischen Propellern und Turbinen (v.l.n.r.): Burkhard Schröfel, David McAllister, Thomas Kossendey, MdB, Jens Nacke, MdL, und Stefan Pfeiffer.

NAMEN SIND NACHRICHTEN

MIT-Kreisvorsitzender bleibt Fraktionschef in Düsseldorf

Mit großer Mehrheit wurde Friedrich G. Conzen, MIT-Kreisvorsitzender in Düsseldorf, wieder an die Spitze der CDU-Ratsfraktion gewählt. Bei seiner Aufgabe als Vorsitzender unterstützen ihn drei Stellvertreter. Einer von ihnen ist Ratsherr Rüdiger Gutt, der ebenfalls Mitglied der MIT Düsseldorf ist.



PKM in Hamburg gegründet

Zum Vorsitzenden des Parlamentskreises Mittelstand der CDU-Bürgerschaftsfraktion Hamburg wurde das MIT-Vorstandsmitglied Dittmar Lemke gewählt, stellvertretende Vorsitzende ist die MIT-Landesvorsitzende Barbara Ahrons. Der Parlamentskreis hat zunächst 16 Mitglieder, zu denen auch ausgewiesene Experten der Mittelstandspolitik, wie die Parlamentarier und MITler Bernd Capeletti und Hjalmar Stemmann gehören.

MIT Frankfurt am Main

Auf der Mitgliederversammlung der MIT Frankfurt am Main ist der frühere Bundestagsabgeordnete und bisherige Vorsitzende Joachim Gres einstimmig für weitere zwei Jahre zum Vorsitzenden gewählt worden. Als Stellvertreter stehen ihm Dr. Ralf N. Bartelt, MdL, Ulrich Caspar, MdL, Michael zu Löwenstein, Thomas Rätzke und Dr. Hendrik Sandmann zur Seite.

MIT-Stadtverband Uetersen neu gegründet

Mit der Neugründung des MIT-Stadtverbands Uetersen hat die MIT Schleswig-Holstein mittlerweile fünf Stadtverbände unterhalb der Kreisverbände eingerichtet. Claudia Riesner wurde als neue Stadtverbandsvorsitzende gewählt. Den Vorstand komplettieren Rainer Maack als Stellvertreter und Petra Wolski als Beisitzerin.

MIT-Bürgermeister in Teningen

Das MIT-Mitglied und jahrelanger MIT-Kreisvorsitzender in Lörrach, Heinz-Rudolf Hagenacker, wurde zum Bürgermeister der Gemeinde Teningen gewählt. Die Gemeinde Teningen ist ein Gewerbestandort nördlich von Freiburg und hat ca. 11.680 Einwohner.

MIT Oldenburg

Ewald Peters ist der neue Landesvorsitzende der MIT im Landesverband Oldenburg. Er folgte damit Werner Lübbecke, der nach Übernahme des Vorsitzes der MIT Niedersachsen nicht mehr erneut für das Amt kandidierte. Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden Rita van Döllen-Mokros, Dr. Heinz Gerdes und Günter J. Nyhuis, als Landeschatzmeister Heinz Harzmann gewählt. Günter J. Nyhuis nimmt auch das Amt des Landespressesprechers wahr. Neun Beisitzer komplettieren den Landesvorstand. Als Hauptreferent sprach der JU-Bundesvorsitzende Philipp Mißfelder, MdB. Aus seiner Sicht komme es darauf an, dass sich der Staat stärker den Leistungsträgern widme. Man könne sich nicht nur um die Ränder der Gesellschaft bemühen.



(v.l.n.r.):
Ewald Peters,
Werner Lübbecke,
Phillip Mißfelder, MdB,
Rolf Lambertz und
Hauke Anders

MIT Speyer

Die MIT Speyer hat Thomas Stevens einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Manfred Steiner ist neuer Stellvertreter und Anton B. Steber neuer Beisitzer. Michael Wagner, Kreisvorsitzender der CDU Speyer, der zuvor zum Versammlungsleiter gewählt wurde, dankte ausdrücklich dem bisherigen MIT-Vorsitzenden Manfred Steiner für seinen enormen, „jahrzehntelangen“ Einsatz im Dienste der CDU und der MIT.



MIT-Landesvorsitzender Josef Geyer (Foto links) und CDU-Landesvorsitzender Christian Baldauf (Foto rechts) gratulierten Thomas Stevens (Mitte) zu seiner Wahl

MIT Ammerland

Stefan Pfeiffer (Foto Mitte) wurde zum neuen Vorsitzenden der MIT Ammerland gewählt. Im stehen (v.l.n.r.) Thorsten Dörfler (stellv. Vorsitzender), Astrid Eikenberg (Beisitzerin), Klaus Warnken (stellv. Vorsitzender), Olaf Ahrens (Beisitzer), Johann Campen (Schatzmeister) und Maria Bruns (Beisitzerin - fehlt auf dem Foto) zur Seite.



Gorleben ist sehr wohl geeignet!

Jahrelang hat die MIT-Kommission Energie und Umwelt über das Thema Kernenergie debattiert. Jetzt wollten die Mitglieder der Kommission sich an Ort und Stelle davon überzeugen, ob Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle geeignet ist. Deswegen wurde die letzte Sitzung der Amtszeit nach Gorleben verlegt. Und Gorleben ist geeignet! Erst wenn man in Gorleben war, kann man beurteilen, was bereits alles auf dem Gebiet der Endlagerung erforscht ist und was jetzt seit fast zehn Jahren brach liegt. Das hat Rot-Grün zu verantworten. An den restlichen Fragen der Endlagerung

wird seit dem Moratorium von Rot-Grün im Jahr 2000 nicht mehr gearbeitet. Gorleben ist heute nichts anderes als ein „Erlebnispark“, der 20 Millionen Euro Unterhaltskosten im Jahr verursacht. Radioaktive Abfälle werden dort lediglich zwischengelagert. „Die Kernkraftgegner haben offensichtlich kein Interesse an der Lösung des Problems der Endlagerung, weil sie fürchten, dass im Falle eines positiven Ergebnisses dem Neubau von weiteren Atomkraftwerken nichts mehr im Wege steht“, meinte Dieter Bischoff, Vorsitzender der Kommission Energie und Umwelt.



Die MIT-Energiekommission erkundete das Endlager Gorleben.

Standortbestimmung in Krisenzeiten

In der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise braucht die Politik Orientierung. Leitschnur gibt dabei die Soziale Marktwirtschaft. Dies betonte der MIT-Landesvorsitzende Staatssekretär Hartmut Schauerte, MdB, in seiner Rede auf der 12. Landesdelegiertenversammlung der MIT NRW. Schauerte wurde mit überzeugenden 97 Prozent für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt. Als Stellvertreter stehen ihm Dieter Bischoff, Dr. Christoph Konrad, Dr. Harald Pohlmann, Wolfgang Leyendecker und Norbert Nettekoven zur Seite.

Gipfelsturm für den Mittelstand

Die Vize-CSU-Generalsekretärin und stellvertretende JU-Bundesvorsitzende Dorothee Bär, MdB, hat bei einem Besuch im oberfränkischen Kronach zusammen mit dem Landesvorsitzenden der Mittelstands-Union, Hans Michelbach, MdB, den Kletterturm des Alpenvereins auf dem Gelände der Landesgartenschau erklommen. „Wir wollen gemeinsam dafür kämpfen, dass es mit unserer Wirtschaft und unserem Mittelstand wieder schnell bergauf geht“, sagten Bär und Michelbach. Bei der anschließenden Diskussion mit der Jungen Union ging es hauptsächlich um die Mittelstandspolitik. Die Wirtschaftskrise habe nunmehr auch den Mittelstand erreicht, wurde von mehreren Teilnehmern berichtet. Insbesondere bei industriellen Mittelständlern seien die Auftragspolster weggebrochen - eine Folge der zwischenzeitlich



Dorothee Bär und Hans Michelbach wollen, dass es mit dem deutschen Mittelstand wieder bergauf geht

nahezu versiegten Auslandsnachfrage. Deshalb forderten Bär und Michelbach, dass sich die Politik nicht nur um die Großkonzerne, sondern gerade auch um die kleinen und mittleren krisenbetroffenen Betriebe kümmern müsse.

Auf Streifzug an der Müritz

Gemeinsam mit dem MIT-Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann ging die MIT Waren Müritz auf Streifzug im Müritzkreis in Mecklenburg-Vorpommern. Mit dabei waren die Landrätin Bettina Paetsch, Eckhardt Rehberg, MdB, Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium Dr. Stefan Rudolph, der stellv. MIT-Bundesvorsitzende Mathias Stinnes, MIT-Bundesvorstandsmitglied Bernd Wirkus und MIT-Landesgeschäftsführerin Dorin Mützel. Das von dem MIT-Kreisvorsitzenden Peter Bauer vorbereitete Besuchsprogramm sah einen Stadtrundgang und die Besichtigung des Müritzentrums vor. Es folgte

der Besuch bei Mecklenburger Mittelständlern, darunter die Firma Mecklenburger Metallguss GmbH, der Bautechnik-Betrieb Argo und die Müritz-Plau GmbH, einer der größten Binnenfischereibetriebe Deutschlands. Der Besuch endete mit einer Podiumsdiskussion.



Zu Besuch an der Müritz: MIT-Vorsitzender Josef Schlarmann

MU-Mittelstandstag in Niederbayern voller Erfolg

Auf Einladung des MU-Bezirksverbands Niederbayern fand bei der Firma GIMA in Marklhofen der MU-Mittelstandstag statt. Zu den Gästen zählten u.a. die Bundstagsabgeordneten aus Niederbayern Barthel Kalb, Ernst Hinsken, Max Straubinger und Matthäus Strebl. Im Festzelt wurde durch die stellv. Chefredakteurin der Passauer Presse, Cornelia Wohllhüter, eine Diskussionsrunde eingeläutet. Auf dem Podium waren der Bayerische Finanzminister Georg Fahrenscho, der MU-Vorsitzende Hans Michelbach, MdB, der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag Erwin Huber, der MU-Bezirksvorsitzende Dipl.-Ing. (FH) Peter Erl und Unternehmer Klaus Girnhuber vertreten, die den vielen Diskussionsbeiträgen der Mittelständler Antwort gaben.

Der Mittelstand sprach sich für steuerliche Entlastungen aus, die den mittelständischen Betrieben helfen, die Krise durchzustehen. Dies sichere Arbeitsplätze und neues Wachstum. Indem der Mittelstand

von Steuern und Abgaben entlastet wird, werden den mittelständischen Unternehmen sowie den Bürgern finanzielle Spielräume zurückgegeben. Zudem sprach man sich dafür aus, dass das im Kompromiss mit der SPD beschlossene Erbschaftsteuerrecht geändert wird. Gerade in einer Zeit erheblicher wirtschaftlicher Ungewissheiten und dramatischer Veränderungen müssen vor allem im Interesse der mittelständischen Familienunternehmen die beschlossenen Lohnsummenregeln und Behaltefristen geändert werden. Dazu gehört zudem eine praxistaugliche Neuabgrenzung zwischen Betriebs- und Verwaltungsvermögen. Einigkeit bestand darüber, die Unternehmensteuer nachzubessern. Das betrifft vor allem den Wegfall des steuerlichen Verlustvortrags von Kapitalgesellschaften und die gewerbsteuerliche Hinzurechnung bei Immobilien. Auch die derzeitige Zinsschrankenregelung als typische Substanzbesteuerung muss wieder entfallen. Als Sofortmaßnahme zur Entlastung des Mittelstandes muss die Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter wieder angehoben werden.



Für eine mittelstandsfreundliche Politik (v.l.n.r.): **Peter Erl**, GIMA-Juniorchef **Claus Girnhuber**, **Georg Fahrenscho**, Dr. h.c. **Hans Michelbach** und **Erwin Huber**

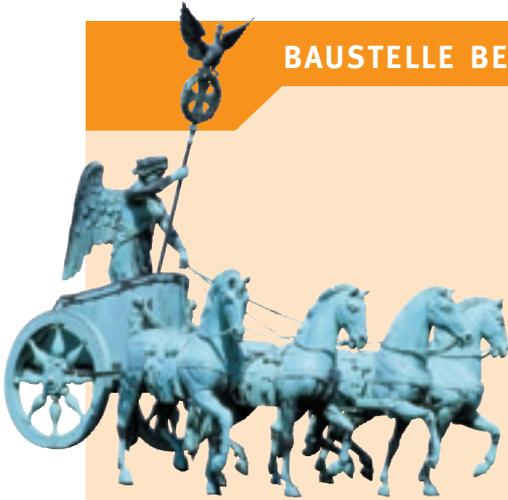
Hohe Auszeichnung für MU-Vorsitzenden



Hans Michelbach, MdB, wurde vom bayerischen Ministerpräsidenten **Horst Seehofer** für seine Verdienste um den bayerischen Mittelstand geehrt.

Der MU-Landesvorsitzende Hans Michelbach, MdB, ist mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet worden. Im Rahmen einer Feierstunde im Antiquarium der Residenz in München nahm Michelbach aus den Händen des Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer die Auszeichnung entgegen. „Mit dem Bayerischen Verdienstorden werden all diejenigen geehrt, die sich um herausragenden Leistungen um den Freistaat Bayern und seine Bürgerinnen und Bürger verdient gemacht haben. Ohne diese Persönlichkeiten wäre Bayern ärmer!“, so der Ministerpräsident. Michelbach zeigte sich sehr dankbar, dass sein Engagement für den Mittelstand gewürdigt wurde. „Ich nehme diese Auszeichnung gerne in Vertretung der vielen mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmern an! Dies gibt mir gerade in der Krise Kraft für mein weiteres Engagement für eine neue Perspektive für den Mittelstand!“, sagte Michelbach.

BAUSTELLE BERLIN



Liebe MIT-Streiter,

ich schreibe diese Zeilen wenige Tage vor der Bundestagswahl, kenne also das Ergebnis noch nicht. Da wir möglichst aktuell sein und gleich nach der Wahl mit unserem Magazin erscheinen wollten, war es im Produktionsablauf nur möglich, dass unser Bundesvorsitzender Josef Schlarmann sein Editorial auf Seite 3 dieser Ausgabe im Lichte der Wahlergebnisse schreiben konnte. Wenn Sie also wissen möchten, wie man in der MIT über den Ausgang der Wahl denkt und urteilt, blättern Sie am besten einmal ganz nach vorn.

Völlig unabhängig vom Wahlausgang sind natürlich unsere Forderungen und Erwartungen für die nächsten Jahre. Und die haben wir in den Gremien sorgfältig beraten und in einen Antrag gegossen, der dem MIT-Bundeskongress am 6. und 7. November in Berlin vorliegt. Einen groben inhaltlichen Überblick dazu finden Sie ab Seite 8 dieses Heftes.

Tja, der Wahlkampf, der keiner war. Aber war es nicht genau das, was sich angeblich die Wähler immer wünschen? Eine ruhige, sachliche, ohne persönliche Angriffe geführte Wahlauseinandersetzung um die besseren Argumente. In der veröffentlichten Meinung lesen wir doch immer wie-

der, und die Demoskopen bestätigen, dass die Bürger es nicht mögen, wenn in der Politik die Fetzen fliegen und die Politiker sich wie die Kesselflicker die Verbalinjurien um die Ohren hauen – oder? Nun, da es ruhig und gesittet in diesem Wahlkampf verlief, war es manchen auch nicht recht. Die ach so guten alten Zeiten wurden bemüht, als sich Brandt mit Barzel, Strauß mit Schmidt und Wehner sich mit allen stritt.

Wem der Wahlkampf Erfolg bescherte, wissen Sie, liebe Leser, längst, ich kann es zum jetzigen Zeitpunkt nur vermuten. Deswegen muss ich mich auch jeglichen Jubels oder jeglicher Trauerbekundung enthalten. Ein Wählervotum kann man sowieso nicht ändern, und man sollte es auch nicht manipulieren. Man kann die nachlassende Bindungswirkung der Wählerinnen und Wähler an die Parteien und die damit einhergehende Sprunghaftigkeit im Wahlverhalten begrüßen oder beklagen: Was bleibt, ist die Tatsache, dass diejenigen, die glücklicherweise noch zur Wahl gehen, zum Teil sehr sensibel und in der Addition mit beachtenswertem Gespür immer wieder für Wahlergebnisse sorgen, die unter dem Strich die Parteien und ihre Leistung gerecht bewerten.

Möge es auch am 27. September so gewesen sein.

baustelle@mittelstand-deutschland.de

Redaktionsschluss: 25. September 2009

DER AUTOR



Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305/992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

Parlamentsredaktion

Karl-Sebastian Schulte (kss)
Telefon: 0 30/75 70 91 70, Telefax: 03212/103 39 25
E-Mail: kss@mitmagazin.com

MIT-Inside

Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto

Pitopia

Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305/992 995, Fax 04305/992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf

Verlagsvertretung Getz,
Nielsen II, V, VII
Telefon: 02205/8 61 79, Fax 02205/8 56 09
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,
Nielsen III a, III b, IV
Telefon: 06261/92 340, Fax 06261/92 34 20
MSM Medienservice Meins,
Nielsen I, VI
Telefon: 040/69 79 59 15, Fax 040/61 13 61 83

Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431/54 22 44, Telefax: 0431/260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck

Evers-Druck GmbH
Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich. Der Jahresbezugspreis beträgt 40,- € incl. 7 % Mehrwertsteuer.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich.

Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadenersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt: GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verleges. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.



Informationsgemeinschaft
zur Feststellung der
Verbreitung von
Werbeträgern e. V. (IVW)

Auflage: 53.800 IVW geprüft



Immer mehr Kunden vertrauen uns

Mit unserer Allfinanzstrategie sind wir seit über 30 Jahren erfolgreich. In dieser Zeit haben wir kontinuierlich neue Kunden gewonnen. Denn unsere Leistung überzeugt.

Wir bieten Ihnen persönliche Lösungen mit individuellen Produkten – rund um die Themen:

*Früher an
Später denken!*



Deutsche
Vermögensberatung

Vermögensaufbau, Altersvorsorge, Baufinanzierung, Geldanlagen und Versicherungen.

Nutzen Sie Kompetenz und Erfahrung von über 35.000 Vermögensberatern für Ihren Lebensweg und Ihre Zukunft. Wie 5 Millionen zufriedene Kunden mit Ihnen.

Weitere Informationen unter:
www.dvag.com

Hier herrscht Lexware.



LEXWARE



Es gibt ordentlich was zu feiern. Feiern Sie mit uns.

Die Leser des „PC Magazins“ haben entschieden: Lexware financial office ist die beliebteste Finanz- und Buchhaltungssoftware. Und das seit 10 Jahren. Grund genug, Ihnen einen auszugeben, damit auch Sie richtig Ordnung in Ihre Buchhaltung bekommen: **Ab dem 01.10.2009 gibt es zu Lexware financial office die neue 2010er Version kostenlos dazu.**

Nur 269,90 Euro + kostenlose Version 2010

► Enthält: Lexware buchhalter '09, Lexware faktura+auftrag '09 und Lexware lohn+gehalt '09.
Jetzt 4 Wochen kostenlos und unverbindlich testen: www.lexware.de